Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926] Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mk. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 128. Mittwoch, den 6. Juni 1906. 13. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die deutsche Lehrerversammlung in München.

Als in der Pfingstwoche 1904 die letzte deutsche Lehrerversammlung in Königsberg tagte, hatte wenige Wochen zuvor das berüchtigte Schulkompromiß in Preußen das Licht der Oeffentlichkeit erblickt. Wenn in dieser Pfingstwoche der Kongreß der deutschen Volksschullehrerschaft zum ersten Male wieder zusammentritt, so ist das auf der Grundlage jenes Kompromisses vom preußischen Dreiklassenparlament beschlossene Schulgesetz gerade eine Woche alt.

Die Königsberger Lehrerversammlung hat es leider verabsäumt, sofort durch eine prägnante und unzweideutige Stellungnahme über das damals in den ersten Grundzügen aufgestellte Schulverpfaffungsprojekt ein gewichtiges Urteil zu sprechen. Sie begnügte sich damit, den Zweigvereinen des deutschen Lehrervereins als Verbandsthema für die nächsten zwei Jahre und damit zur Vorbereitung für eine Beschlußfassung auf der Münchener Lehrerversammlung „Die Simultanschule“ zu überweisen. Wahrscheinlich hoffte man, dadurch eine möglichst weitreichende und zugleich wirkungsvolle Protestbewegung innerhalb der Lehrerschaft gegen die geplante Konfessionsschule ins Leben zu rufen. Abgesehen davon, daß dieser Zweck nur zum Teil erreicht worden ist, war auch die Forderung der Simultanschule von vornherein eine Halbheit, eine Konzession an die traditionelle „religiös-sittliche“ Grundlage der Volksschule.

Weit mehr, als der Anstoß der Königsberger Lehrerversammlung in bezug auf die Simultanschule hat der ein Jahr später von der bremischen Lehrerschaft in die pädagogische und politische Welt hinausgeschmetterte Weckruf zu Gunsten der rein weltlichen Schule die Gemüter in Bewegung versetzt und die Diskussion dieser bedeutungsvollen Schulfrage belebt. Das war ein neuer Ton in der pädagogischen Welt Deutschlands; für zahlreiche Lehrer in allen Bundesstaaten, auch in Preußen, bedeutete er das erlösende Wort oder die „befreiende Tat“, wie sich der Leipziger Lehrerverein ausgedrückt hat; für die große Mehrheit der Lehrerschaft freilich haben die bremischen Lehrer mit ihrer Forderung der Abschaffung des Religionsunterrichts eine unerhörte Tat begangen, einen nahezu frevelhaften Umsturz aller herkömmlichen Schulgrundsätze, der vielen pädagogischen Staatsmännchen selbst liberaler Couleur um so weniger Freude gemacht hat, als die deutsche Sozialdemokratie ihren unverhohlenen Beifall über das mutige Bekenntnis der bremischen Lehrer bekundete. Nur die hamburgischen Lehrer, die stets in vordersten Reihen gekämpft haben, stellten sich auch in dieser Frage geschlossen und rückhaltslos an die Seite ihrer Kollegen aus der benachbarten Hansestadt.

Die vorsichtigen Führer der deutschen Lehrerschaft dagegen sind höchst ungehalten über den Bremer und Hamburger Radikalismus. Sie glauben trotz jahrzehntelanger Enttäuschungen auch in dieser Frage durch rechnungsträgerische Zurückhaltung eher zum Ziele zu gelangen. Wie sie in Königsberg die Forderung der „allgemeinen Volksschule“ schließlich aus taktischen und praktischen Erwägungen auf die Forderung der Beseitigung der Vorschulen reduziert haben, so hoffen sie die Befreiung der Schule von der Kirche eher zu erlangen, wenn sie die ganze Forderung stückweise einzuhandeln versuchen und zunächst einmal die Simultanschule an Stelle der Konfessionsschule verlangen.

Wie völlig irrig diese taktischen Klugheitsmaßregeln sind, beweist mit geradezu niederschmetternder Deutlichkeit der Verlauf des Schulkampfes in Preußen. Das neue Schulgesetz hatte gerade den Zweck, der Ausbreitung der Simultanschule einen Riegel vorzuschieben und die Konfessionsschule überall als die Regel einzusetzen. Die noch so unermüdliche Gegenarbeit der liberalen Lehrerschaft hat auf die reaktionäre Landtagsmehrheit nicht den geringsten Eindruck gemacht. Sie wollte die Schulverschlechterung aus Prinzip — demgegenüber war jedes Wort des Entgegenkommens, jede vermittelnde Tätigkeit so nutzlos wie unklug. Gegen die Reaktion aus Prinzip nützt nur die unbeugsame und grundsätzliche Opposition aus Prinzip, und darum war die von Bremen ausgehende Frage der Abschaffung des Religionsunterrichts überhaupt und die sich daran anknüpfende Debatte ein weit empfindlicherer Schlag gegen die preußische Schulreaktion, als die noch so fleißige Propaganda der liberalen Lehrerschaft für die Simultanschule.

Solange man den Religionsunterricht überhaupt noch in der Schule beläßt, so argumentieren die Hamburger und Bremer Lehrer, ganz gleich, ob in simultaner oder konfessioneller Form, ganz gleich auch, ob in Konfessions- oder in Simultanschulen, solange räumt man der Kirche ein Mitbestimmungsrecht auf die Schulangelegenheiten ein. Es handelt sich beim Religionsunterricht um eine Angelegenheit, für die die Kirche, beziehungsweise die Konfessionen, in letzter Linie die zuständigen und entscheidenden Instanzen sind. Will man der Kirche jedes Einspruchsrecht in Schulfragen nehmen, so übergebe man ihr den Religionsunterricht völlig zur Behandlung auf eigene Rechnung und Gefahr. Die Schule kann ihre Aufgaben, auch in sittlicher Beziehung, ohne Zuhilfenahme des Religionsunterrichts erfüllen, sie erspart dadurch aber viele kostbare Zeit, und Kindern und Lehrern zugleich viele Schmerzen und Unannehmlichkeiten.

Wie unsere Leser wissen, wird nach einer Vereinbarung der Bremer und Hamburger der Bremer Lehrer Holzmeier, der Verfasser der bekannten Denkschrift gegen den Religionsunterricht, die auf Abschaffung des Religionsunterrichts in den Volksschulen gerichteten Thesen vertreten. Es bedeutet einen neuen Abschnitt in der deutschen Volksschullehrerbewegung, wenn zum ersten Male vor dem Forum einer deutschen Lehrerversammlung die Forderung der rein weltlichen Schule erhoben wird. Man darf mit Recht gespannt darauf sein, wie sich das Gros der deutschen Lehrerversammlung gegenüber diesen neuen Grundsätzen verhalten wird.

Die zweite Angelegenheit, über die in einer Hauptversammlung des Münchener Lehrerkongresses beraten und entschieden werden soll, ist die Lehrerinnenfrage. Auch hierüber haben sich die Zweigvereine, die pädagogische Presse und sonstige berufene Instanzen im Laufe des letzten Jahres vielfach ausgesprochen. Leider wird von den tonangebenden Elementen im deutschen Lehrerverein auch in dieser Frage gebremst. Man hat sich fast nirgends grundsätzlich auf den Standpunkt der völligen Gleichstellung von Mann und Frau gestellt. Nur vereinzelte Lehrerkorporationen, darunter wiederum die Hamburger und Bremer, sind an diese Frage nicht mit offenen oder verhülltem Konkurrenzneid, oder mit den Scheuklappen einer längst überholten Tradition herangetreten, sondern betrachten sie mit den Augen moderner und fortschrittlicher Sozialpolitiker. Aller Zwang gegen die Lehrerinnen ist von Uebel, man behandele sie wie die Lehrer, in der Ausbildung und in der Besoldung, in den Rechten und in den Pflichten. Dann wird sich von selbst ergeben, ob sich die Frau für den Lehrberuf eignet und für welche Altersstufe, für welches Geschlecht, für welche besonderen Unterrichtszweige sie im besonderen erzieherisch befähigt ist. Keine künstlichen Schranken sollen der Lehrerin errichtet werden, nur weil sie ein Weib und kein Mann ist. Die Thesen des für München vorgesehenen Referats über die Lehrerinnenfrage lassen leider diese Grundsätze vermissen.

Nach alter Sitte wird den beiden eigentlichen Verhandlungsgegenständen ein Vortrag vorhergehen, der mehr Stimmungscharakter trägt. In diesem Jahre wird der Straßburger Universitätsprofessor Theobald Ziegler, ein bewährter Freund der Volksschullehrerschaft und ihrer Bestrebungen, über: „Die deutsche Volksschule im Anfange des 20. Jahrhunderts“ reden. Außerdem werden zahlreiche fachwissenschaftliche Vorträge in Nebenversammlungen stattfinden, die für die Oeffentlichkeit nur in beschränktem Maße Interesse haben.

Der springende Punkt der diesjährigen Lehrerversammlung ist die Religionsfrage. Mögen die deutschen Volksschullehrer die Kraft zu einem kühnen Schritt nach vorwärts finden.

H. Sch.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Antisemitische unter sich. Im Reichstagswahlkreise Hofgeismar-Rinteln, wo durch den Tod des Grafen Reventlow das Mandat frei ist, wird es wahrscheinlich infolge des gespannten Verhältnisses zwischen den beiden antisemitischen Richtungen in Hessen bei der jetzigen Reichstagsersatzwahl zu einer Spaltung der Antisemiten kommen. Wie verlautet, beabsichtigt auch die „Reformpartei“, die schon einmal, im Jahre 1890, im Besitz des Mandats gewesen ist, das später an die Deutschsozialen überging, einen Kandidaten aufzustellen. In Marburg bestehen schon jetzt für die nächsten Reichstagswahlen zwei antisemitische Kandidaturen. Das von der Reformpartei neu gegründete Organ für Hessen, die „Hessische Rundschau,“ hatte in ihrem Nachruf für den Grafen Reventlow heftige Angriffe gegen die deutschsoziale „Bruderpartei“ eingeflochten, die dem Verstorbenen „niedrige“ Agitationsdienste zugemutet habe. Zum Schluß hieß es dann: „Ein Reventlow unter dieser Gesellschaft nüchterner Prädikanten, zweifelhafter Puritaner und kondottierihafter Parteiführer — ein merkwürdiges Wechselspiel des Lebens und doch ein nur zu erklärlicher Vorgang.“ Man darf einigermaßen neugierig sein, was Herr Liebermann v. Sonnenberg auf das boshafte Beiwort: „kondottierihafter Parteiführer“ antworten wird.

Gegen den Biertruncker der Großbrauereien nahmen die Berliner Gastwirte in folgender Resolution Stellung: „Die heutige von ca. 2000 Personen besuchte Versammlung der Gast- und Schankwirte von Berlin und Umgegend erhebt schärfsten Protest gegen den Versuch der Brauereien, den Preis des Hektoliters Bier um 2,50 Mark zu erhöhen. Dieses Vorgehen steht im schreiendsten Widerspruch zu den früheren Erklärungen der Brauereien, die aus dem Zolltarif entstehenden Mehrkosten allein und die erhöhte Brausteuer zur Hälfte tragen zu wollen. Die erhöhte Brausteuer beträgt für Berlin pro Hektoliter Bier 1,15 Mark, rechtfertigt also in keiner Weise die Mehrforderung von 2,50 Mark. Der Hinweis der Brauereien auf die erhöhten Produktions- und Betriebskosten rechtfertigt ebensowenig eine Mehrforderung, da infolge günstiger Ernten die Preise für Hopfen und Gerste so niedrig wie noch nie in früheren Jahren stehen. Die Versammelten beauftragen das Bureau der Versammlung, mit den mittleren und kleinen Brauereien den Abschluß kulanter Bierlieferungsverträge herbeizuführen.“

Der bleibende Prinz. Die in der Presse bereits vielfach zum Ausdruck gebrachte Ansicht, daß der Erbprinz zu Hohenlohe Langenburg von der Leitung der Kolonialabteilung nicht zurücktreten werde, wird der „Neuen politischen Korrespondenz“ von bester Seite als richtig bestätigt.

Industrielle und agrarische Scharfmacher scheinen sich gleichmäßig zur Aufgabe gesetzt zu haben, den Grafen Posadowsky, den so sehr gehaßten „Minister für Sozialpolitik“, von seinem Posten wegzubeißen. Ganz besonders liefern ihnen die letzten Reichstagssitzungen vor der Vertagung Stoff zu immer erneuerten Angriffen. Graf Posadowsky saß am Sonnabend und Montag, als die Regierung ihre Niederlagen auf kolonialpolitischem Gebiet einheimste, als Stellvertreter des Reichskanzlers am Bundesratstisch. Nun soll er der Sündenbock sein, der den wütenden Kolonialfexen geopfert werden soll, wobei die Scharfmacher gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen würden, denn mehr noch hassen sie den Staatssekretär wegen seiner Abneigung gegen die Scharfmacherei und seiner das Verständnis seiner sämtlichen Kollegen weit überragenden Auffassung sozialpolitischer Fragen. Die „Post“, der ehemals Stummsche „Schleifstein“, benutzt die schöne Gelegenheit zu folgendem Vorstoß:

„Es ist anzuerkennen, daß die Regierung an diesem Tage ganz ungewöhnlich ungeschickt vertreten worden ist. Graf Posadowsky, der an diesem Tage in Abwesenheit des Reichskanzlers die Reichsregierung in erster Linie repräsentierte, hat nicht nur jeden Versuch unterlassen, rechtzeitig den Angriffen entgegenzutreten, die von der demokratischen Seite des Reichstages gegen den Obersten v. Deimling und nicht bloß gegen diesen, sondern weit höher hinauf gerichtet worden sind. Er ist auch offenbar nicht aktionsfähig genug gewesen, um mit Erfolg auf eine Vertagung der Abstimmung bis zum Montag hinzuwirken, wo sie vielleicht anders ausgefallen wäre. Jedenfalls lehrt der Verlauf der Sonnabendsitzung des Reichstags, daß Graf Posadowsky sich trotz der eifrigsten Verbeugung vor den Wünschen des Zentrums nicht entfernt den Einfluß auf diese Partei zu verschaffen gewußt hat, den sonst jeder Staatsmann auf die Partei zu üben pflegt, mit der er zusammen arbeitet und auf die er sich besonders stützt.“

Auch die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ tutet in dasselbe Horn. Sie erklärt, Graf Posadowsky habe eine „bedauerliche Haltung“ angenommen, indem er gegenüber den Erklärungen der konservativen und nationalliberalen Redner, daß ihre Parteien sich der Abstimmung über den Antrag Gröber auf Wiedereinstellung der Position der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes enthalten würden, bemerkte, man möge doch wenigstens etwas zu stande bringen und die Beamten nicht dazu zwingen, ihre Gehaltsbezüge gegebenenfalls einzuklagen, weil das der Würde des Reiches nicht entsprechen würde. Diese Ausführungen seien zu weich gewesen und der ablehnenden Mehrheit zu weit entgegengekommen. Graf Posadowsky hätte entweder mit kurzen und knappen Worten seinen Standpunkt klarlegen oder noch besser den Dingen schweigend ihren Lauf lassen sollen. Wenn er geschwiegen hätte, würde das Bündlerblatt auch das sicher zum Anlaß eines Angriffs genommen haben. Der Haß ringt eben auf jeden Fall nach Ausdruck. Aber der Zeitpunkt zu einem erfolgreichen Angriff ist schlecht gewählt. Graf Bülow ist krank. Aber wenn er auch gesund wäre, was sollte er ohne Posadowsky anfangen? Er hat keinen zweiten Mann, der so in allen Sätteln gerecht ist. So werden sich die Kläffer keine Hoffnung machen dürfen, daß es ihnen gelingt, den ihnen so verhaßten Staatssekretär hinaus zu drängen.

Die Abrüstungskomödie. Bei der am 2. Juni in Brüssel abgehaltenen Beratung von Vertretern der Interparlamentarischen Vereinigung machte der Vorsitzende, Staatsminister Beernaert, die Mitteilung, das englische Kabinett habe den Wunsch geäußert, daß die Interparlamentarische Vereinigung vor der nächsten Haager Konferenz noch eine Sondertagung in London abhalte. Auf der Tagung werde Premierminister Campbell-Bannermann sprechen. Es wurde beschlossen, auf die Zeit vom 23. bis 27. Juli eine Versammlung nach London

einzuberufen. Auf die Tagesordnung dieser außerordentlichen Sitzung soll die Frage der vertraglichen Einschränkung der Rüstungen und als deren Folge eine Einschränkung der Kriegsbudgets gesetzt werden. Einladungen zur Teilnahme an der Tagung sind an alle Kulturstaaten ergangen. — Dieser Komödie ist genau dieselbe Bedeutung beizumessen, wie dem Friedenskonferenzrummel im Haag.

Dem Verdienste seine Krone. Der nationalliberale Landtagsabgeordnete, Landgerichtsrat Schiffer-Magdeburg, ist zum Kammergerichtsrat in Berlin ernannt worden. — Herr Schiffer hat sich um das Zustandekommen der Schulverpfaffungsvorlage eifrig bemüht!

Eine schallende Ohrfeige ist dem Puttkamer und seinem Helfer Brauchitsch durch die bereits kurz gemeldete Haftentlassung der Akwaführer versetzt worden. Ueber die Freilassung ist nun ein näherer Bericht eingelaufen, demzufolge der mit der Nachprüfung der Angelegenheit betraute Richter Dr. Hetzel von Anfang an das von den Angeklagten dem neuen Gericht entgegengebrachte Mißtrauen zu beseitigen verstand und King Akwa und vier Großhäuptlinge, die in Untersuchungshaft zurückbehalten wurden, zu bestimmen wußte, auf alle Fragen mit Offenherzigkeit zu antworten. Nach Ursache der Abfassung der Beschwerdeschrift gefragt, erklärten die Angeklagten, wie die „Frankf. Ztg" mitteilt, daß der Druck Puttkamers und Brauchitsch' nicht länger mehr zu ertragen gewesen sei. Als die Angeklagten vom Richter zu neuen Aussagen ermuntert wurden, fragten sie, wenn sie eine neue Beschwerde gegen Puttkamer und Brauchitsch abschickten, ob sie dann wieder in Gefangenschaft geworfen würden. Der Richter beruhigte sie deswegen. Am 2. Mai machte der Richter den Angeklagten die Mitteilung, sie seien frei, mahnte sie aber, vor lauter Freude nun keine Dummheiten zu machen. Die Entscheidung des Gerichts wurde von den Angeklagten anfänglich ganz ruhig aufgenommen. Dann erwiderte King Akwa, daß, wenn er sich hätte erheben oder der Regierung andere Unannehmlichkeiten bereiten wollen, er nicht viele Jahre auf Abhilfe gewartet und schließlich eine Beschwerdeschrift nach Deutschland geschickt hätte. Pater Gippert von der katholischen Mission und die Pastoren Stolz und Bender von der Baptistenmission verbürgten dem Gericht, daß die Akwaleute immer zur Regierung stehen und keine Unruhen inszenieren würden. Hierauf bemerkte King Akwa, daß er immer auf die Macht und die Gerechtigkeit des Deutschen Kaisers gebaut habe. Zum Schluß rief er wiederholt: „Efimo!", das heißt: „Hoch Kaiser Wilhelm!" Manga Bell, der Intimus Puttkamers und Brauchitsch, hat es infolge des Urteils vorgezogen, auf einige Monate Duala zu verlassen.

Oertel-Lügen und „Tageblatt"-Entrüstung. Das Attentat auf das spanische Königspaar hat, wie alle Attentate, wieder wütende Angriffe auf die an dem Anschlage absolut nicht beteiligte Sozialdemokratie im Gefolge. Die Reaktionspresse belfert in gewohnten Mißtönen und Oertel unterzieht in der „Deutschen Tageszeitung" die Wahrheit folgender Prügelstrafe:

„Wer nur eine Nummer spanischer, französischer, deutscher oder russischer Revolutionsblätter einmal in der Hand gehabt hat, dem wird doch niemand mehr einreden können, daß der Meuchelmord nicht ein hervorragendes Stück des politischen Katechismus der Umsturzmänner, aller Umsturzmänner sei, mögen sie sich Sozialdemokraten oder Anarchisten nennen. Insbesondere bei dem neuesten Mordanschlag auf das spanische Königspaar steht es außer Zweifel, daß man es nicht mit der Tat eines einzelnen, sondern mit einem Komplott einer ganzen Gesellschaft von Verbrechern zu tun hat. Der Mordbube mietet sich ein für seine Zwecke äußerst günstig gelegenes Zimmer für 25 Pesetas — ungefähr 20 Mk. — täglich und zahlt gleich im voraus 500 Pesetas ein! Woher hat er das Geld? Proletarier — wenn sie nicht gerade Singer heißen pflegen doch über solche Summen nicht so ohne weiteres zu verfügen. Außerdem sind allem Anschein nach zwei Bomben von zwei verschiedenen Personen geworfen worden. Diesmal giebt es also keine Ausrede. Nicht ein einzelnes „verkommenes" Subjekt, sondern die ganze, freilich gleichfalls moralisch verkommene revolutionäre Gesellschaft hat das Bubenstück auf ihrem Gewissen. Zu wünschen wäre es, daß die ganze übrige menschliche Gesellschaft die Konsequenzen daraus zöge — die Regierungen voran."

Es ist Oertel natürlich ganz genau bekannt, daß die Sozialdemokratie den politischen Mord durchaus verwirft, schon deshalb verwirft, weil sie erkannt hat, daß nicht die einzelne Person die öffentlichen Zustände bestimmt, sondern umgekehrt die Zustände die Person. Die Sozialdemokratie hat den Terror nur als Notwehr gegen bestialische Feinde, nur als Ausnahmemittel in Ausnahmezuständen gebilligt, wie sie in Rußland in Frage kommen.

Aus Madrid erhält das „Berl. Togebl." vom 2. Juni folgendes Telegramm:

„Die sozialistischen Mitglieder des Stadtrates erklärten, daß sie die Opfer des Attentates bedauerten, aber an der Freude über die Errettung des Königspaares nicht teilnehmen könnten. Diese Haltung ruft allgemeine Entrüstung hervor."

Das edle Freisinnsblatt nimmt natürlich an der allgemeinen Entrüstung teil und nennt die Erklärung eine „Ruchlosigkeit der Madrider Sozialisten". Wir haben, wie wir unsere Genossen kennen, allen Grund, anzunehmen, daß es sich vielmehr um eine Ruchlosigkeit oder mindestens um eine grobe Leichtfertigkeit des Madrider Korrespondenten des „Tageblatt" handelt. Hätte er der Wahrheit gemäß telegraphiert, so hätte er jedenfalls melden müssen, daß unsere Genossen erklärt haben, sie könnten an den byzantinischen Freudenkundgebungen über die Errettung des Königspaares nicht teilnehmen. Und das bedeutet ganz etwas anderes, als was er sie in seinem Telegramm sagen läßt.

Zur Finanzklemme in den Kleinstaaten. Aus Schwarzburg-Rudolstadt wird dem „Vorwärts" geschrieben: „Einen Umsturz im wahrsten Sinne des Wortes bedeutet für unsere Finanzen die nunmehr feststehende Balanzierung des Reichshaushaltes. Während unser als Finanzgenie gerühmter Landtagsabgeordneter Kommerzienrat B. Richter es im Landtage durchzusetzen wußte, daß in den Etat für 1906/08 nur pro Jahr 38 800 ungedeckte Matrikularbeiträge eingestellt wurden, betragen diese nach dem eben fertiggestellten Reichsetat nicht, wie angenommen, 40 Pfg., sondern 3,20 Mk. pro Kopf der Bevölkerung. Das bedeutet für unser kleines Ländchen eine Mehrausgabe von 260 000 Mark oder 10 Prozent des gesamten Etats! Und dabei trug man sich noch mit dem Gedanken, dem im Herbste wieder einzuberufenden Landtage Vorlagen zugehen zu lassen, betreffend Erhöhung der Gehälter der Staatsbeamten sowie der Geistlichen und Lehrer! Die „Reichsfinanzreform", die dazu bestimmt war, die kleinstaatlichen Finanzverhältnisse zu beruhigen, sie beginnt ihre Wirksamkeit eigentlich recht wenig vertrauenerweckend und dürfte auch so lange völlig versagen, als unsere Sandwüstenverteidigung in Afrika noch fortgesetzt ungezählte Millionen verschlingt. Unsere kleinstaatlichen Steuerzahler werden das schon noch ganz besonders zu spüren bekommen!"

Tier- und Lebensmittelpreise in Deutsch-Südwestafrika. Aus Windhuk wird der „Köln. Ztg." geschrieben: „Da infolge des Aufstandes 1904 fast die ganzen Viehbestände der Weißen im Werte von 8 Millionen Mark in die Hände der Eingeborenen gefallen oder umgekommen sind, werden gegenwärtig ungeheure Preise für Tiere bezahlt. Vor dem Aufstande kostete ein gutes Reitpferd durchschnittlich 500 Mk.; für Zuchthengste und besonders gute Stuten wurde ab und zu ein etwas höherer Preis bezahlt, jedoch erregte es z. B. Aufsehen, als bei der ersten landwirtschaftlichen Ausstellung in Windhuk 1899 der Rehobother Bastardmagistrat Dirk van Wyk 1000 Mk. für einen Hengst löste. Heute sind mittelmäßige afrikanische Reitpferde unter 1000 Mark überhaupt nicht mehr zu haben ..... Eine Milchkuh kostete vor dem Aufstande 160 bis 200 Mk.; jetzt ist eine solche unter 350 Mk. überhaupt nicht zu kaufen. Kleinvieh (Ziegen, Woll- und Fettschwanzschafe), von dem starke 50 Pfundtiere früher für 16 Mark zu haben waren, kostet jetzt das Stück 30 bis 40 Mark. Die Truppe verkauft und verrechnet das Kilogramm Fleisch gegenwärtig mit 1,80 Mark (vor dem Aufstand mit 70 Pf. und vor der Rinderpest 1897 mit 20—25 Pfg.!) Das Dutzend Eier kostet 5—6 Mk., die Milch 50 Pfg. das Liter und das Pfund Schweinefleisch, das allerdings auch schon vor dem Kriege als Delikatesse mit 1 Mk. bezahlt wurde, 3 bis 3,50 Mk.! Gleich geblieben ist das Gemüse, das einschließlich der Kartoffeln mit 40 Pfennig das Pfund bezahlt wird — für einen europäischen Haushalt allerdings auch ein hoher Preis, den man hier aber gerne bezahlt, da das beste Konservengemüse dem frischen Gemüse nicht gleichkommt."

Folgen der Steuerpolitik. In einer in Aachen stattgehabten Konferenz der Bierwirte des Regierungsbezirks Aachen wurde einstimmig die Erhöhung der Bierpreise um zwei Mark pro Doppelhektoliter beschlossen. Dieser Beschluß soll am 1. Juli in kraft treten. Weil Aachener Wirte in Stolberg eine Brauerei gekauft und eine Genossenschaft zum Betriebe der Brauerei unter dem Namen „Wirtebrauerei" gegründet haben, wird die Folge des Bieraufschlages sein, daß die Zahl der Mitglieder der Genossenschaft wächst.

Rußland.

Die Lage in Odessa. Aus Galatz eintreffende Odessaer Meldungen besagen, daß dort eine große Panik herrscht. Alles streikt, auch sämtliche Matrosen der Handelsflotte. Die Polizei habe den Kopf verloren. Man betrachte den Ausbruch der Revolution als unvermeidlich. Die revolutionäre Partei beherrscht Odessa.

Aufgaben des neuen sozialdemokratischen Militärkomitees. Das in Sewastopol soeben konstituierte sozialdemokratische Militärkomitee erläßt sein erstes Manifest, worin es u. a. heißt: „Die ersten Ziele, die sich das sozialdemokratische Militärkomitee gestellt sind: 1. Die Vereinigung aller Soldaten und Matrosen der Sewastopoler Festung, die mit dem Kampf der Arbeiterklasse, seinen nächsten Zielen und seinem Endziel, dem Sozialismus, sympathisieren, zu einem Ganzen. 2. Die Verbreitung der sozialdemokratischen Ideen unter der breiten Masse. 3. Die Agitation und Propaganda unter den Truppen mit dem Ziele, die Armee zum bewaffneten Widerstand vorzubereiten. 4. Die Führung des bewaffneten Aufstandes unter der Fahne der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei zur Sicherung der Einberufung einer konstituierenden Versammlung und zur Zerstörung des autokratischen Polizeiregimes, das dem Proletariat auf dem Wege zum hellen Reiche des Sozialismus hinderlich ist." Indem es vor dem ganzen Lande verspricht, heilig und fest die übernommenen Pflichten auszuführen, sagt das Militärkomitee: „Alle, denen das Joch, der Hohn und die Willkür des Absolutismus unerträglich geworden ist, wer nicht mehr mit ansehen kann, wie auf Befehl der zarischen Regierung die Henker unsere Brüder, Väter, Mütter töten, unsere Frauen und Schwestern Gewalt antun, wer den Wunsch hat, die jetzige Weltordnung, die auf Ausbeutung der Arbeiter, auf den ständigen Halbhunger und die Armut gegründet ist, alle, die wünschen, daß eine Welt der wirklichen Freiheit und Gleichheit erstehen soll: die alle rufen wir in unser Lager unter die Fahne der Sozialdemokratie zum Kampf für eine bessere Zukunft, für die Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, für den Sozialismus. Bürger! Gedenkt, daß die nächste Aufgabe der Arbeiterklasse: die Befreiung Rußlands von den Ketten des Sklaventums, gleichzeitig auch Euer Ziel ist. Bedenkt das, und unterstützt mit allen Kräften die Arbeiterarmee in ihrem Kampfe. Kameraden, Arbeiter! Denkt daran, daß in dem bevorstehenden Kampf des Proletariats mit der Selbstherrschaft der Armee die führende Rolle bevorsteht. Bietet alle Eure Kräfte auf, um die Verbindung zwischen dem revolutionären Proletariat und der revolutionären Armee aufrecht zu erhalten. Kameraden, Soldaten und Matrosen! Bedenkt, daß der entscheidende Kampf und jener Moment, wo Ihr offen an die Seite des Proletariats zum Schutze Eurer Interessen treten werdet, nahe ist. Beeilt Euch und schließt Euch den in allen Teilen, Kompagnien, Batterien, Equipagen und Schiffen gebildeten Gruppen der Sozialdemokratie an. Das Militärkomitee. R. S.-D. A.-P."

In Warschau ist auch das Dampfschiffspersonal in den Streik getreten.

Schweren Zeiten gehen anscheinend auch in diesem Jahre wieder die russischen Bauern entgegen. Es droht nämlich in fast allen Gouvernements auch heuer wieder eine Mißernte, weil die Frühjahrs- und Sommersaat infolge Dürre vernichtet ist. Nur in zwei Gouvernements sind die Ernteaussichten gut.

Am hellen Tage wurden in Czenstochau zwei Polizisten erschossen.

Interpellation bezüglich der Strafexpeditionen nach den Ostseeprovinzen. Die Dumamitglieder der Ostseeprovinzen beabsichtigen, der Reichsduma eine Interpellation bezüglich der Strafexpeditionen nach den Ostseeprovinzen zu unterbreiten. Zu diesem Zwecke wird den Reichsdumamitgliedern rechtzeitig reichhaltiges Material unterbreitet, das sich auf amtliche Bekanntmachungen sowie auf peinlichst zusammengestellte Angaben völlig einwandfreier Zeugen stützt. Besonderes Interesse erwecken die Mitteilungen über das Vorgehen der Strafexpedition des berüchtigten Generalmajors Orlow, den die russische Regierung aus gewissen Gründen kürzlich aus den Ostseeprovinzen abberufen, mit hoher Auszeichnung bedacht und vorläufig in Neu-Peterhof zurückgelassen hat. Die Leistungen der Strafexpedition unter der Leitung dieses Schurken waren allein im Zeitraum von Mitte Dezember vorigen Jahres bis Mitte Februar dieses Jahres wie folgt: 18 Personen erhängt, 621 Personen standrechtlich erschossen, 320 Personen von den Soldaten getötet. Insgesamt also wurden 959 Personen ins Jenseits gebracht. Darunter befanden sich 13 Volksschullehrer (2 erhängt und 11 erschossen), 4 Schreiber, 2 Studenten, 1 Apotheker, 1 Buchhändler, 29 Landbesitzer usw. usw. Körperlich bestraft wurden 251 Personen, darunter 2 Frauen. Das Zerstörungswerk äußerte sich in dem obengenannten Zeitraum wie folgt: Niedergebrannt sind 97 Bauernhäuser, 4 Schulen, 2 Amtshäuser, 3 Kommunalgebäude sowie 22 Privathäuser. Obwohl diese aus der Fülle des gesammelten Materials herausgerissenen Angaben schon an und für sich erschreckend wirken, so können die Reichsdumamitglieder der Ostseeprovinzen durch Vorlegung des ihnen zur Verfügung stehenden Materials ein noch traurigeres Bild vom Wirken der zügellosen Soldateska in den Ostseeprovinzen entrollen.

Oesterreich-Ungarn.

Eine gemischte Gesellschaft. Das neue Kabinett ist nun in folgender Zusammensetzung gesichert: Präsidium Beck. Bienerth Inneres. Derschatta (Deutsche Volkspartei) Eisenbahnen. Marchet (Deutsche Fortschrittspartei) Unterricht. Prade (Deutsche Volkspartei) deutscher Landsmannminister. Sektionschef Forscht (Jungtschechen) Handel. Pacak (Jungtschechen) tschechischer Landsmannminister. Vizepräsident Lemberger Finanzdirektion. Korytowski (Pole) Finanzen. Dzieduckycki polnischer Landsmannminister. Graf Leopold Auersperg Ackerbau. Klein Justiz.

Belgien.

Leopold wird üppig! „Metropole" kündigt an, daß ein Dekret des Königs in seiner Eigenschaft als Beherrscher des Kongostaates infolge der in der Kongoaffäre angestellten Untersuchung und des Berichts der Untersuchungskommission sich gegenwärtig im Druck befindet und in einigen Tagen erscheinen wird. Als Vorwort des Dekrets soll ein Brief des Königs dienen, in dem dieser erklärt, daß es sein unbedingtes Recht sei, den unabhängigen Kongostaat in voller Freiheit zu beherrschen, und ohne daß es irgend jemand, wer es auch sein möge, gestattet sei, ihm seinen Willen oder seine Anordnungen in dieser Hinsicht aufzunötigen.

Italien.

Ersatzwahlen zur Kammer. Am gestrigen Montag fanden in 24 italienischen Wahlbezirken die durch die Mandatsniederlegung der sozialistischen Abgeordneten notwendig gewordenen Wahlen statt. Von 24 Wahlen liegen bis jetzt 23 Ergebnisse vor. Es sind gewählt 19 Sozialisten und 3 Konstitutionelle; in einem Wahlkreis kommt es zur Stichwahl. Die Sozialisten verlieren drei Sitze.

Spanien.

Die Festnahme des Madrider Attentäters ist am Sonntag durch einen Gendarmen unter tragischen Umständen erfolgt. Dem Verhafteten gelang es, die Aufmerksamkeit des Gendarmen von sich abzulenken, worauf er ihn durch einen Revolverschuß tötete. Als der fliehende Mörder von Bauern zum zweiten Male ergriffen werden sollte, erschoß er sich selbst. Der Attentäter heißt Morales; er war 26 Jahre alt und der Sohn eines reichen Fabrikanten in Satadell bei Barcelona. Er hatte die Fabrik früher geleitet, sich aber durch seinen Despotismus verhaßt gemacht. Er hatte zwei Jahre in Deutschland studiert. — Die Zahl der Getöteten beträgt nach den letzten Meldungen 24, die der Schwerverwundeten 50.

China.

Dem internationalen Handel eröffnet wurde am Sonnabend in feierlicher Weise Mukden. Damit ist ein Wendepunkt in der wirtschaftlichen Entwickelung Asiens eingetreten.

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 5. Juni.

Die Malergehilfen sind von ihren Meistern ausgesperrt worden. Zuzug von Malern nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Zuzug von Holzarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Die hiesigen Bauschlosser sind in den Ausstand getreten. Der Zuzug ist streng fernzuhalten.

Wegen Massregelung von Verbandsmitgliedern ist der Boykott über die Thüringer Wurstfabrik von Aug. Scheere verhängt worden. Arbeiter, denkt daran!

Achtung, Schneider! Ueber das Geschäft des Herrn Ziez, Fackenburger Allee, ist die Sperre verhängt worden.

Achtung, Kutscher! Nachstehender Betrieb hat die Forderungen der Kutscher nicht bewilligt: E. Ewers, Lachswehr-Allee 10. Ueber diesen Betrieb ist die Sperre verhängt worden. Kein aufgeklärter Kutscher darf in demselben Arbeit annehmen.

J. **Zur Lohnbewegung auf den Holzlagerplätzen.** Am Freitag den 1. Juni tagte im Vereinshaus eine Versammlung sämtlicher auf den Holzlagerplätzen und Sägemühlen beschäftigten organisierten Arbeitern, mit der Tagesordnung: Stellungsnahme zum Antwortschreiben des Vereins der Holzhändler und Sägemühlenbesitzer Lübecks und Umgegend. Um 8¾ Uhr eröffnete der Vorsitzende die Versammlung. Nach Verlesung des an den Verein der Holzhändler und Sägemühlenbesitzer Lübecks eingereichten Tarifentwurfs verlas der Vorsitzende der Lohnkommission das hierauf erfolgte Antwortschreiben des betreffenden Vereins, welches nachstehend wörtlich wiedergegeben ist:

Lübeck, d. 16. Mai 1906.

An die
Lohnkommission der Lastadiearbeiter von Lübeck
u. Umgegend
z. H. des Herrn (Name).
Hier. Str. u. Nr.

Der Verein der Holzhändler und Sägemühlenbesitzer Lübecks und Umgegend hat Ihr gefälliges Schreiben vom 30. v. Mts. nebst anliegendem Vertragsentwurf zur Kenntnis genommen und beschlossen darauf zu erwidern, daß er sich nicht veranlaßt sehen kann, von seinem bisherigen, wiederholt betonten Standpunkt abzuweichen, die Regelung von Lohnfragen und dergleichen im Wege einer direkten Erörterung und Verständigung zwischen dem einzelnen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu überlassen. Der Umstand, daß in diesem Jahre bereits eine Lohnaufbesserung erfolgt ist, ohne in Ihrer gefälligen Zuschrift berücksichtigt zu werden, läßt übrigens darauf schließen, daß sie nicht in näherer Fühlung mit den von unseren Mitgliedern beschäftigten Arbeitnehmern stehen.

Hochachtungsvoll

(Stempel.) J. A.: A. Goßmann,
z. Zt.: Vorsitzender.

In der sich hieran knüpfenden lebhaften Debatte verurteilten sämtliche Redner diese schroffe und höhnische Antwort und sprachen der Lohnkommission, die voll und ganz den Willen der Mitglieder ausgeführt hat, ihr volles Vertrauen aus. Es sei doch nachgewiesen, daß der Vorsitzende des betr. Vereins, Herr Goßmann, schon mit der Kommission verhandelt hat; nunmehr betrachten jene Herren die Lastadiearbeiter anscheinend nicht mehr als vollberechtigte Arbeiter. Von sämtlichen Rednern wurde betont, daß dieses unter keinen Umständen stillschweigend hingenommen werden könne. Hierauf wurde nachstehende inzwischen eingegangene Resolution verlesen: Die heute am 1. Juni tagende Versammlung der Lastadiearbeiter erklärt sich mit dem Antwortschreibeu des Vereins der Holzhändler und Sägemühlenbesitzer Lübecks nicht einverstanden und erblickt darin eine direkte Ablehnung unserer berechtigten Forderung, zumal die hauptsächlichsten Forderungen, als Regelung der Arbeitszeit, Ueberstunden und Sonntagsarbeit in keiner Weise bedacht worden sind. Ferner beschließt die Versammlung, daß die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht dem einzelnen Arbeitgeber mit seinem Arbeiter überlassen bleiben kann, wie es der Verein der Holzhändler und Sägemühlenbesitzer wünscht. Die Versammlung beauftragt deshalb die Lohnkommission, sich nochmals an den betreffenden Verein zu wenden um eine Einigung zu erzielen. Ferner weist die Versammlung den Vorwurf der Arbeitgeber, die Lohnkommission habe keine Fühlung mit den von ihnen beschäftigten Arbeitern, entschieden zurück und erklärt, daß die Lohnkommission nur im Sinne der auf den Holzlägerplätzen und Sägemühlen beschäftigten Arbeiter gehandelt hat. Nach Regelung einiger interner Angelegenheiten erfolgte Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Zur Lohnbewegung der Maler wird uns geschrieben: Neun Wochen sind jetzt vergangen, seitdem die Malergehilfen ausgesperrt wurden, und noch deutet nichts auf eine baldige Einigung. Unsere Meister geben sich allerdings dieser Hoffnung hin, denn in der letzten Innungsversammlung wurde von einem gut unterrichtet sein wollenden Meister mitgeteilt, die Gehilfen würden das Einigungsamt anrufen. Gewiß hat dieser Meister Glocken läuten hören, weiß aber nicht wo dieselben hängen. Die Meister wollen nur auf Grundlage ihrer Bedingungen verhandeln; auch wieder ein beredtes Zeichen für ihre so hochgepriesene „Friedensliebe.“ Während die Arbeitgeber anderer Städte so vernünftig waren, und einsahen, daß eine Lohnerhöhung notwendig ist und sich mit ihren Arbeitern einigten, war unsere Kommission der Meister bemüht, dahin zu wirken, daß ja keine Einigung auf anderer Basis, als der von ihr geforderten, zustande kommt. Soll doch sogar ein Meister in der letzten Innungsversammlung geäußert haben, der Stamm der Lübecker Gehilfen müsse mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. Wirklich ein „feiner“ Meister! Wenn auch ein großer Teil der hiesigen Meister mit den jetzigen Zuständen unzufrieden ist, und auch wirklich ernsthaft den Frieden wünscht, so fürchten sie sich dennoch, ein Wort zum Frieden in die Wagschale zu werfen. Das ist doch zweifellos richtig, daß ein jeder Lohnkampf für beide Parteien, und nicht zum mindesten auch für viele Einwohner der betreffenden Stadt von großem Nachteil ist. Im Prinzip sind wir wohl für ein Einigungsamt, aber dort haben alle vorgefaßten Meinungen auszuscheiden, und beide Teile sollen möglichst bestrebt sein, zum Frieden zu kommen; allerdings unter Berücksichtigung aller Gesichtspunkte. Aber die Meister können es doch wohl selbst nicht glauben, nachdem man uns vor 9 Wochen den Stuhl vor die Tür setzte, daß wir jetzt zum Einigungsamt laufen, und um Verhandlungen ersuchen. Unserer Meinung nach wird es uns kein ehrlicher Mensch verdenken können, nachdem wir seinerzeit Verhandlungen angeboten hatten, wenn wir uns nicht noch einmal, wie die Kommission der Meister damals in ihrem Fachorgan schrieb, „blamieren“ wollen. So lange es uns so gut geht, wie während der ganzen Lohnbewegung, werden wir schwerlich wieder kommen. Alle unsere Kollegen, mit ganz wenigen Ausnahmen, stehen ja in Arbeit und haben durchaus keine Veranlassung, zu Kreuze zu kriechen, und diejenigen, die am Orte bleiben, erhalten solche Unterstützung, daß sie sich nicht auf Gnade oder Ungnade zu ergeben brauchen. Unsere Meister hoffen immer noch, unsere Hauptkasse solle das Zahlen der Unterstützung einstellen, damit dann die Gehülfen Lübecks wieder kämen und um Aufnahme betteln würden. Nun, unsere Meister mögen sich gesagt sein lassen: selbst dann, wenn unsere Hauptkasse einmal ihre Zahlungen einstellen sollte, woran allerdings überhaupt garnicht zu denken ist, würden wir, wenn es so weiter geht, wie bisher, noch lange nicht zu unseren Meistern zurückzukehren brauchen. Denn wir sind imstande, uns selbst zu helfen. Wir brauchen die Hauptkasse garnicht, denn unsere arbeitenden Kollegen könnten soviel Geld aufbringen, als zur Unterstützung der am Ort bleibenden notwendig wäre. Wir haben in den letzten Wochen auch nichts mehr von der Hauptkasse erhalten, aber nicht, weil die Hauptkasse leer ist, sondern weil wir selbst genügend Geld am Orte haben. Nach wie vor sind wir zum Verhandeln und zum ehrlichen Frieden bereit, aber es wird schwer halten, daß unsere Kollegen uns den Auftrag erteilen, Verhandlungen anzubahnen. Ist doch das „überaus große“ Entgegenkommen der Kommission der Meister schon zur genüge bekannt.

Versammlung der Töpfer. Mit der Tagesordnung: „Das Borgfeldtsche Geschäft“ beschäftigte sich eine am Sonnabend abend im Vereinshaus abgehaltene Töpferversammlung, die trotz der Wichtigkeit der Tagesordnung nur schwach besucht war. Es wurden die Mißstände, die im Borgfeldtschen Geschäft vorhanden sind, einer scharfen Kritik unterzogen. Es entließ Herr B. dieser Tage wegen angeblichen Arbeitsmangel einige seiner Gesellen, trotzdem noch Arbeit vorhanden ist und die Entlassenen sich durchaus nichts haben zu schulden kommen lassen; für andere Kollegen ist dagegen auf Wochen hinaus Arbeit reserviert. Die Versammlung ist der Ansicht, daß Herrn B. allerdings keine Vorschriften gemacht werden könnten, wann und welche Gesellen er entlassen solle, daß es aber auch nicht mehr als recht und billig sei, diejenigen Gesellen, die ihm in der Zeit der guten Konjunktur willkommen waren, auch so lange in Arbeit zu behalten wie irgend möglich, und sie nicht gerade jetzt zu einer Zeit, wo garnicht daran zu denken ist, am Orte Arbeit zu erhalten, arbeitslos macht und für einige Kollegen, wie schon angeführt, auf Wochen hinaus Arbeiten reserviert. Des weiteren wurden in der Versammlung von einem Kollegen angeführt, daß Herr B. einem Kollegen, der des Morgens 2 Minuten vor 6 Uhr an der Arbeit war, einen Minutenreiter nannte, und von ihm verlangte, er solle 10 Minuten vor 6 Uhr an die Arbeit gehen, um in dieser Zeit schon sein Handwerkszeug und Material zusammenzupacken, für diese oder jene Reperatur, die zu machen ist. Weiter wurde von der Versammlung das Verhalten einiger Kollegen in diesem Geschäft betreffs Anschreiben der Ueberstunden gerügt. Es wurde deshalb ein Antrag des Vorstandes angenommen, nach welchem von jetzt ab jeder Kollege verpflichtet ist, bei seiner Abrechnung Stunden und Ueberstunden getrennt anzuführen. Diejenigen Kollegen, die nicht in der Versammlung anwesend waren, werden auf diesen Beschluß aufmerksam gemacht.

Eine prinzipiell wichtige Entscheidung fällte die zweite Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts. Es handelte sich um die Frage, ob der Chef berechtigt ist, bei Einkäufen des Personals im eigenen Hause den Verkaufspreis zur Berechnung zu bringen. Die Verkäuferin Anna P. hatte im Geschäft einige Bijouterien gekauft und die Sachen auch ordnungsmäßig von der Buchhalterin anschreiben lassen. Am ersten des folgenden Monats kam es zwischen ihr und ihrem Chef, dem Bijouteriewarenhändler B., dadurch zum Streit, daß der letztere ihr den Verkaufspreis der gekauften Gegenstände vom Gehalte abziehen wollte, während die Verkäuferin glaubte, als Angestellte des Vorzuges des Einkaufspreises teilhaftig werden zu müssen. Sie hätte demgemäß nur 7,50 Mark zu zahlen gehabt, während nach der Berechnung des Chefs 20 Mk. in Abzug gebracht werden konnten. Die Differenz von 12,50 Mk. bildete nun den Streitgegenstand vor dem Kaufmannsgericht. Das Kaufmannsgericht stellte fest, daß es speziell in der Gold- und Bijouteriebranche üblich sei, daß Angestellte bei Einkäufen im eigenen Hause nur den Einkaufspreis zu zahlen brauchen. Der Beklagte wurde verurteilt, den zuviel gekürzten Betrag von 12,50 Mk. herauszuzahlen, da er nur den Einkaufspreis in Ansatz zu bringen berechtigt war.

Die Koks-Preise sind von den Gasanstalten bis auf weiteres wie folgt festgestellt worden: 1) Für den Platzverkauf auf beiden Gasanstalten morgens von 7 bis ½12 Uhr und von ½2 bis ½6 Uhr abends. 1. Grobe Koks ein Hektoliter 0,80 Mk., zwanzig Hektoliter und mehr à 75 Pfg. 2. Zerschlagene Koks I (nur auf Gasanstalt II erhältlich) ein Hektoliter 1,15 Mk., zwanzig Hektoliter und mehr à 1,10 Mk. 3. Zerschlagene Koks II ein Hektoliter 1,05 Mk., zwanzig Hektoliter und mehr à 1,— Mk. 2) Bei Lieferung frei in's Haus in die Stadt und den inneren Wegebezirk der Vorstädte durch die Firmen Bernhöft u. Wilde, Fischergrube 75, und Heinrich Diestel, Mühlenstr. 62: 1. Grobe Koks ein Hektoliter 0,90 Mk., zwanzig Hektoliter und mehr à 0,85 Mk. 2. Zerschlagene Koks I ein Hektoliter 1,25 Mk., zwanzig Hektoliter und mehr à 1,20. 3. Zerschlagene Koks II ein Hektoliter 1,15 Mk., zwanzig Hektoliter und mehr à 1,10 Mk.

Hansa-Theater. Man schreibt uns: Das Original Kölner Volks-Theater, das sich unter der Direktion Baum u. Prang hier so glänzend eingeführt hat und während der Festtage bis auf den letzten Platz ausverkaufte Häuser erzielte, gibt nur noch heute Mittwoch und morgen Donnerstag die urkomische Posse „Der Strohwitwer“, die schon am Freitag den 8. durch die prächtige Ausstattungsposse Japans Frauen-Paradies oder Tännes auf der Liebes-Insel abgelöst wird. Daß auch dieses neue Stück vom ersten bis zum letzten Augenblick von komischer Wirkung ist und bereits durchschlagende Erfolge erzielte, braucht wohl nicht im Besonderen erwähnt zu werden.

Vom Serienlosschwindel. Wir lesen in einem Münchener Blatte: Eine interessante Abrechnung kam uns von einem Münchner Glücksuchenden zu, welche ihm infolge seines Eingehens auf die marktschreierische Reklame eines Lübecker Bankgeschäftes aufgestellt wurde. Der betreffende Herr hatte durch Einzahlung von rund 30 Mark einen Viertelsanteil von 12 Serienlosen erworben und erhielt in deutschen Reichspostmarken — 0,18 Mark — mit folgender Aufstellung: Gemäß § 2 des Statuts haben Sie 1/400 Teil an 1672 Mark erworben = 4,18 Mark; hievon ab Extraspesen gemäß § 7 des Statuts 4 Mark, bleiben zu Ihren Gunsten 0,18 Mk. Eine weitere Bemerkung zu dieser „Abrechnung“ ist wohl unnötig.

Der Hansische Geschichtsverein tagt gegenwärtig in unserer Stadt. Die Verhandlungen finden im Bürgerschaftssaale des Rathauses statt.

Achtung, Arbeiter Deutschlands! Wir ersuchen um Eure moralische Unterstützung, indem Ihr keine Euch nachgewiesene Arbeit in Hamburger Speicher- und Lagerungsbetrieben antretet. Sämtliche Kaufmanns-, sämtliche Quartiersmanns- sowie Lagerungsbetriebe sind als nicht geregelt zu betrachten. Bekanntlich haben wir vor einiger Zeit einen neuen Lohntarif-Entwurf an alle für uns in Frage kommenden Betriebsinhaber gesandt. Aber, wie immer, so stellten sich sämtliche Körperschaften auch dieses Mal auf einen ablehnenden Standpunkt. Selbst der Vorschlag, zwecks Vermittlung das Einigungsamt des Gewerbegerichts zu benutzen, wurde sehr schnöde zurückgewiesen. Unsere sehr minimalen Forderungen sind: Für Arbeit am Speicher und Lager pro Tag 4,50 Mk., an Bord und Kai pro Tag 5 Mark, Nacht- und Sonntagsarbeit 6 Mark. In der arbeiterfeindlichen Presse sucht der Arbeitsnachweis der Patriotischen Gesellschaft zur Zeit kräftige Arbeiter für Speicher und Lagerhaus. Laßt Euch nicht als Ausreißer benutzen; bedenkt, wofür wir kämpfen, wir kämpfen für Euch mit. Unser Sieg ist der Eure ebenfalls. Uebe ein jeder Solidarität! Alle Anfragen sind zu richten an die Hamburger Ortsverwaltung der Speicher- und Lagerhausarbeiter, Neuer Kran 4, in Hamburg.

Pfingsten ist vorüber, ohne allerdings ungeteilte Freude hervorgerufen zu haben. Das Wetter war rauh und windig, und die Besitzer von Gartenlokalen dürften deshalb nicht ganz auf ihre Rechnung gekommen sein, trotzdem die Zahl der Ausflügler erheblich war. Die Hafenfähre, Straßenbahnen und andere Verkehrsmittel erfreuten sich einer starken Benutzung.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am kommenden Montag statt.

Handelsregister. Am 2. Juni 1906 ist eingetragen: 1. bei der Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Firma J. Wilhelm Steen, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in Lübeck: Der Kaufmann F. Hesse in Lübeck ist zum Geschäftsführer bestellt; 2. die Firma Paul Rosin in Lübeck. Inhaber: Kaufmann F. H. P. Rosin in Lübeck. Angegebener Geschäftszweig: Luxus-, Galanterie- und Lederwaren.

Im Lohnbezirk Düchelsdorf-Kastorf-Kl. Berkentin ist die Lohnbewegung der Maurer beendet. Es wurde vereinbart bis zum 31. März 1907 pro Stunde 42 Pfg. und vom 1. April 1907 bis 31. März 1908 pro Stunde 45 Pfg. Die näheren Arbeitsbedingungen wurden tariflich festgelegt. Gesperrt ist noch der Unternehmer Schmidt in Kastorf weil die Vereinbarungen noch nicht anerkannt sind. Der Zuzug nach dort ist fernzuhalten.

pb. **Ermittelt und festgenommen** wurden ein Nieter und ein Schiffszimmermann, die gemeinschaftlich einen verschlossenen, mit Kleidungsstücken angefüllten Reisekorb aus einer hiesigen Herberge sich rechtswidrig aneigneten.

pb. **Ein guter Fang.** Ein auswärtiger Seemann, der seitens der Großherzoglichen Staatsanwaltschaft in Rostock wegen schwerer Körperverletzung bezw. versuchten Todschlags verfolgt wird, wurde in einer hiesigen Wirtschaft angetroffen und festgenommen.

Schlutup. Wahlbestätigung. Von der Gemeindeversammlung in Schlutup sind der praktische Arzt Dr. med. Richard Paul Gusmann und der Bezirksschullehrer Wilhelm Hermann Paul Stampa zu Mitgliedern des Gemeindevorstandes auf die gesetzliche Amtsdauer von 6 Jahren erwählt und nunmehr vom Stadt- und Landamt bestätigt worden.

N. **Rensefeld.** Ringreiten und Feuer. Gestern nachmittag gegen 1½ Uhr, als das Ringreiten zu Rensefeld durch den altbekannten Umzug zum alten König eröffnet wurde, stieg plötzlich eine dichte Rauchwolke empor; die Musik hielt an, blies Feuerlärm, worauf sich der Zug wieder fortsetzte. Es brannte das Gartenhaus auf Herrn Wilkens Grundstück, bestehend aus drei Wohnungen, die von Arbeiterfamilien bewohnt waren; das Haus war mit Strohbedachung und das Mauerwerk mit Holzverband. Die Rensefelder, Schwartauer und Groß Parmer Feuerwehren waren recht bald zur Stelle, letztere brauchte nicht in Funktion zu treten, da keine Gefahr mehr vorhanden war. Von den Mobilien ist wenig gerettet; zwei Familien sind versichert, die eine Familie namens Didrichs nicht. Die Entstehungsursache ist bis jetzt nicht bekannt. Der Arbeiter Karsten wurde nach dem Verhör durch den Gendarmerie-Wachtmeister Janssen in Arrest abgeführt. Das Ringreiten hatte durch das Feuer eine besonders große Zahl von Zuschauern erhalten; die Rauchwolken hatten viele von den Schwartauern und den Ausflüglern nach Rensefeld gelockt, sodaß unser Gastwirt Sternberg sich eines besonders guten Besuches erfreuen konnte. Das Reiten ging flott, um 3 Uhr konnte der Knecht Schuer, bei dem Hufner Hildebrandt bedienstet, als König proklamiert werden.

Ratzeburg. Der Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter ist mit Erfolg beendet. Auf Veranlassung des Bürgermeisters fand am Sonnabend den 2. Juni eine mündliche Unterhandlung auf dem Rathause statt, an der auch der Gauleiter der Maurer teilnahm. Es kam dort zu folgenden Abmachungen: Die Unternehmer verpflichten sich, den Bauhilfsarbeitern vom 9. Juni d. J. einen Minimalstundenlohn von 30 Pfg. zu zahlen. (Bisher wurden Klassenlöhne von 25–28 Pfg. pro Stunde bezahlt.) Der Stundenlohn der Maurer steigt am 9. Juni von 38 auf 40 Pfg. und vom 1. Juli d. J. auf 42 Pfg. bis zum 31. Dezember 1906. Auch geben die Unternehmer ihre Zustimmung dazu, daß bei späteren Lohnfragen gleich in mündliche Unterhandlung getreten werden soll unter Hinzuziehung der betr. Gauleiter.

[] **Oldesloe.** Lohnbewegung. Bekanntlich befinden sich die Tischler, Maschinen- und Hülfsarbeiter der Firma Kaiser u. Wex im Ausstand. 4 bis 5 Mann, Zöglinge der christlichen Dressieranstalt, sind dort in Tätigkeit geblieben. Die Unternehmer haben, auf dem hohen Pferde sitzend, jede Unterhandlung abgelehnt. Sie haben sich veranlaßt gefühlt, das Publikum von hier über ihre Maßnahmen im „Landboten“ zu unterbreiten und dieselben zu verteidigen, um gleichzeitig die Unterstützung aller Gutgesinnten und der Behörden zu erbitten. Daß hierbei unsere gerechte Forderung als „frivol“ bezeichnet wird, und wir sogar des Kontraktbruches beschuldigt werden, ist ja weiter nicht verwunderlich. Ist es doch die bekannte Methode der Unternehmer, die Arbeiter für jeden Zwist verantwortlich zu machen. Die Arbeit wurde von uns eingestellt, weil wir es nicht mit unserer Arbeiterehre vereinbaren konnten, noch länger mit „Berufsgenossen“ vom Schlage der Edlen in Christo zusammenzuarbeiten. Die Vereinigung dieser Konsorten, ein Angstprodukt der Unternehmer und Scharfmacher, wird ja bekanntlich von diesen gehegt und gepflegt, um der modernen Arbeiterbewegung bei jeder Gelegenheit ein Bein zu stellen. Man liebt den Verrat, aber der Verräter wird verachtet. Als unsere Delegierten bei den Unternehmern vorstellig wurden, um mit ihnen in dieser Sache zu unterhandeln, da stellte die Firma sich auf den Herrenstandpunkt und gab eine Erklärung ab, die dahin ausklingt: wer sich nicht fügt, der fliegt. Wenn die Firma geglaubt hat, daß wir nach diesem Schreckschuß unsere Wortführer schmählich im Stiche ließen, und auf unsere Forderung verzichten würden, dann hatten sie sich gründlich verrechnet. Bei uns schreckt der Donner schon längst nicht mehr. Mögen die Unternehmer sich vorläufig getrost auf ihren Geldsack ausruhen. Mögen sie ruhig Arbeitswillige von dem schon erwähnten Kaliber importieren, der „Segen“, den sie dadurch ernten, wird sicherlich nicht ausbleiben. Die Mitglieder des deutschen Holzarbeiterverbandes haben jetzt Gelegenheit erhalten, zu

beweisen, daß die Solidarität der klassenbewußten Arbeiter kein leerer Schall ist.

Rendsburg. Wie die Reichsbehörden das Koalitionsrecht der Arbeiter respektieren. Ueber die kaiserliche Kanalwerft am Saatsee bei Rendsburg und die rückständigen Verwaltungsprinzipien ihrer Leitung ist schon wiederholt in Parteiblättern berichtet worden; das Stück wahrhaft gewalttätiger Sozialpolitik aber, das heute zu melden ist, setzt allem bisherigen die Krone auf. Auf der Werft ist nämlich seit Donnerstag folgender Ukas angeschlagen:

„Den Werftarbeitern untersage ich, Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes zu sein. Bis zum 6. Juni d. Js. hat jeder Arbeiter dem Werkmeister zu melden, ob er dem Verbande angehört.

Wer am genannten Tage noch Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes ist, scheidet mit Ablauf des 20. Juni aus seiner Beschäftigung aus der Werft aus.

Saatsee, den 31. Mai 1906.

Der Maschinenbauinspektor
Blankürsoth, Baurat."

Wird das Reichsmarineamt, dessen Untergebener der Baurat in Saatsee ist, diesem Herrn klar machen, welcher Skandal darin liegt, daß solchermaßen ein Reichsbetrieb seinen Angestellten die gesetzlich garantierte Koalitionsfreiheit zu rauben sucht? Die Reichsregierung hat im Reichstage bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches zugegeben, daß ein Vertrag, der das Koalitionsrecht in der in Saatsee versuchten Weise beeinträchtigt, gegen die guten Sitten verstößt und nichtig ist. Wird dem Baurat Gehalt gezahlt, um gegen die guten Sitten zu verstoßen? Nicht nur vom Reichsmarineamt, sondern auch von der Justizverwaltung verlangen wir ein Einschreiten. Der Ukas des Baurats ist ein strafbarer Nötigungsversuch, wenn man die vom Reichsgericht gegen Arbeiter angewendeten Rechtsgrundsätze auch gegen den Baurat Blankürsoth anwendet. Ist Anklage gegen ihn erhoben oder aus welchen Gründen ist sie unterblieben?

Hamburg. Ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich im Hofe Banksstraße Nr. 84. Der Arbeiter Damann, wohnhaft Winterhuderweg Nr. 28, war dort mit dem Aufwinden von Fässern beschäftigt. Plötzlich lösten sich die Klammern der Winde, ein in der Luft schwebendes Faß fiel hinab und traf den Arbeiter, der sofort getötet wurde.

Neueste Nachrichten.

Dirschau. Sonnabend nachmittag wurden in dem benachbarten Heisgendorf vier Kinder im Alter von 2 bis 7 Jahren in einer Sandgrube von einer zusammenstürzenden Wand verschüttet. Zwei Mädchen und ein Knabe sind tot. Ein Mädchen konnte noch lebend zutage gefördert werden.

Heidelberg. In Alt Lußheim erschoß der Landwirt Büchner im Streit seinen einzigen, noch jungen, blühenden Sohn und stellte sich dann selbst der Behörde.

Salzburg. Im Lande herrschen Hochwasser und heftige Stürme. Die Saaten sind vielfach vernichtet. In Friedburg wurden 25 Joch Wald entwurzelt und zwei Arbeiter vom Blitz getroffen. In Lungau, wo mehrere Fabriken stillstehen, sind zwei Personen ertrunken.

Ancona. Zwei Kaufleute aus Mailand und ein Hauptmann stiegen Sonntag abend von der Ausstellung aus in einem Ballon auf und fuhren über die Apennien hinweg. Gestern morgen wurden sie vom Semaphor in Ancona aus auf dem Meere in Gefahr befindlich gesehen. Trotz sehr stürmischer See fuhr ein Segelschiff zur Hilfe; aber der Ballon entfernte sich. Am Nachmittag näherte sich der Ballon abermals der Küste von Sirola bei Ancona. Ein Torbedoboot eilte zur Hilfe und rettete den Ballon und einen der Kaufleute. Der andere Kaufmann und der Hauptmann sind ertrunken.

Newyork. Am Sonntag früh sind beim Umstürzen eines Straßenbahnwagens der East Providence auf Rhode Island 11 Personen getötet und 20 verletzt worden. Der Wagen, der mit Ausflüglern besetzt war, sprang in einer Kurve infolge schnellen Fahrens aus dem Geleise und wurde 20 Fuß weit geschleudert.

Briefkasten.

Zwei Streitende. Wir haben Besseres zu tun, als uns darum zu bekümmern, wo die sogenannten schwarzen Husaren mit Totenkopf liegen.

w. Ratzeburg. Von anderer Seite war bereits vorher ein Bericht eingegangen, der in der heutigen Nummer enthalten ist. Besten Dank.

Lübecker Marktpreise vom 2. Juni.

Bauern-Butter Pfd. 1,10 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,20 Mk. Hasen Stck. — Mk., Enten Stck. 4,00 Mk., Hühner Stck. 2,20 Mk., Küken Stck. 1,20 Mk., Tauben Stck. 0,60 Mk. Gänse Pfd. —,— Pf., Flickgans — Mk., Schweinefleisch Pfd. 0,60 Mk., Schinken Pfd. 1,20 Mk., Wurst Pfd. 1,20 Mk. Eier 9 Stück 60 Pfg., Karpfen Pfd. — Pfg., Ger. Lachs Pfd. 1—2,40 Mk., Karauschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 60 Pfg., Barsche Pfd. 60 Pfg., Aal Pfd. 0,90 Mk., Aepfel beste Gravensteiner 100 Pfd. —,— Mk., Nonnen 100 Pfd. —,— Mk., andere Sorten 100 Pfd. —,— Mk., Pflaumen 100 Pfd. — Mk., Blumenkohl, d. Kopf —,30 Pfg., Hamb. Kirschen, Pfd. — Pfg., Kohl 100 Pfd. 10,— Mk., Gurken Pfd. —,— Mk., Zwiebeln 100 Pfd. 5,50 Mk., Kartoffeln, beste franz., 200 Pfd. 6,— Mk., per 10 Liter 50 Pfg., magnum bonum 200 Pfd. 4,00 Mk., Kartoffeln 10 Liter 40 Pfg. Heringe 4 St. — Pf. Dorsche genüg. Brachsen Pfd. 50 Pf. Gemüse genügend.

Ein kräftiger Junge angekommen. Dies zeigen erfreut an
Chr. Liermann u. Frau, geb. Liermann.

Auguste Gradert
Rudolf Schmidt
Verlobte
Pfingsten 1906

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zu unserer Silbernen Hochzeit sagen wir allen unsern herzlichsten Dank.
Ludwig Leu und Frau,
Margarete, geb. Frank.

Wegen Fortzuges von Lübeck **eine kleine freundliche Wohnung für 160 Mk. zu vermieten**
Wakenitzmauer 64.

Zu kaufen gesucht **ein gebrauchter Schraubstock.** Bitte Preis anzugeben
Baumgarten, Tremserkamp 3 b.

Zu kaufen gesucht **ein guterhalt. Kinderblockwagen und eine Kinderbettstelle.**
Angeb. mit Preisang. u. S 4 an d. Exp. d. Bl.

Ein heller Kinderwagen mit Gummireifen billig zu verkaufen
Engelsgrube 25, I

Ein guterhaltener Sportwagen
billig zu verkaufen Herderstraße 32, I

Beständig große Auswahl in Ferkel. Lieferung eventl. frei Lübeck.
Hof Niendorf in Lübsch.

Verloren am 2. Pfingsttage in Israelsdorf von Dieckelmann bis Wendt ein **Damen-Regenschirm mit brauner Krücke.**
Bitte abzugeben Schwartauer Allee 90 b

Bommerlunder
feinster Tafel-Getreide-Aquavit

Adolf Hübner, Uhren- u. Goldwarenhandlung, u. Reparaturwerkstatt. Fünfhausen 13.

Billiges Volksgetränk!
Trinkt H. Bülck's Misch-Kaffee!
Pfund **60** und **80** Pfg.
in ½ und 1/1 Pfund.
Die Mischungen enthalten keinerlei künstliche Farbestoffe, keine havarierte Bohnen (sog vom Seewasser beschädigt) und sind frei von jedem Beschwerungsmittel
H. Bülck
Breitestraße 54. Fernspr. 149.

Max Kegel's Sozialdemokratisches Liederbuch.
Neueste Auflage.
Preis 40 Pfg. Preis 40 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Uhrfeder einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.
Ernst Gentzen, Uhrmacher
Königstraße 62, b. d. Hüxstraße.

Dem verehrlichen Publikum von Lübeck zur Nachricht,
daß jegliche Malerarbeit prompt und sauber ausgeführt werden kann.
Wir bitten keine Rücksicht auf die Malermeister, welche ihre Gehilfen aussperrten, zu nehmen, sondern auf Fertigstellung der Arbeit zu dringen, ev. den Meistern dieselben zu übertragen, welche nicht mit aussperrten und die minimalen Forderungen der Gehilfen anerkannt haben.
Näheres **W. Nehls, Sadowastraße 6, pt.**

215. Kgl. Preuß. Klassen-Lotterie.
Lose zur ersten Klasse vorrätig.
Die bisher gespielten Lose bleiben für die Spieler bis inklusive 15. Juni reserviert.
Carl Bischof, Lotterie-Einnehmer, Braunstr. 36.

Lokalverband der Hafenarbeiter Lübecks.

Oeffentl. Versammlung
sämtlicher am Hafen beschäftigten Arbeiter
am Mittwoch den 6. Juni d. Js.
abends 8½ Uhr
im „Vereinshaus", Johannisstraße 50—52
Tages-Ordnung:
Der Lohntarif der Schauerleute.
Der Vorstand.

Feuerversicherung schließt ab unter günstigen Bedingungen **A. Beßmann, Friedenstr. 47.**

Waffen, Messerwaren, Patronen. Optische Waren, Barometer
billig und gut bei
Diedrich Tesschau
Lübeck, Breitestraße 27.

Zentral-Verband der Fleischer
und Berufsgenossen Deutschlands.
(Zahlstelle Lübeck)
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch den 6. Juni
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist dringend erforderlich
Der Vorstand.

5—10 % per Pfund zahle für Hausstandslumpen bis auf weiteres.
37 Alfstraße 37.
Geöffnet von morgens 7 bis abends 8 Uhr

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege.
H. Schreiber, Breitest. 24

Großer billiger Ausverkauf
in Garnituren, Schlafzimmern, Kleiderschränken, Waschtischen, Sofatischen, Spiegeln, Küchenschränken, Vertikows, Bettstellen mit Matratzen, Kommoden u. Spiegelschränken, Stühlen, Sesseln, Bauerntischen, Bildern, **alles billig!!!** wegen Räumung des Ladens
Beckergrube 20.

Achtung Maurer!
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch den 6. Juni
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung:
1. Wahl von zwei Kartelldelegierten sowie der Ersatzmänner
2. Bericht von der Agitation.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Neue
Sommerfang-Heringe.
Gust. Thomsen, Marlistraße.

Arbeiter-Radfahrer-Verein LÜBECK.
Gegründet 1894.
Versammlung
am Donnerstag den 7. Juni
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.
Der Vorstand.

Welt-Restaurant
5. bis 30 Juni:
Doppelte Rabattmarken, giltig bis dahin.
NB. Die Lokalitäten sind gut geheizt
Heinrich, der Gemütliche.

F. G. T. O.
Deutsche Großloge □ Lubeca No. 59
tagt jeden Dienstag und Freitag
abends 9 Uhr
bei Hasse, Johannisstraße 25.
Aufnahme neuer Mitglieder daselbst.

Hansa-Theater
Gastspiel des Orig. Kölner Volks-Theater.
(Dir. A. Baum & Hch. Prang.)
Nur noch zwei mal gelangt die mit so durchschlagendem Erfolg aufgenommene große Posse
Der
Strohwitwer
zur Aufführung.
Beginn der Vorstellung präzise 8 Uhr.
Vorverkauf im Zigarren-Geschäft **Sager** und an der **Tageskasse.**
Nächste Novität!
Tünnes auf der Liebes-Insel
oder
Japans Frauen-Paradies.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Löwigt. Verleger: Theodor Schwartz. — Druck: Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 128 — Mittwoch, den 6 Juni 1906 — 13. Jahrgang

Erpresser.

Das freche Spiel, das seit vier Wochen vom Gesamtverband deutscher Metallindustrieller mit der Existenz Hunderttausender Arbeiter und mit der gesamten deutschen Volkswirtschaft getrieben wurde, hat nun sein Ende erreicht. Der Aussperrungsbeschluß vom 14. Mai ist aufgehoben worden und das den Metallarbeitern zugedachte Pfingstgeschenk ist ihnen nicht überreicht. Die Kraftprobe ist — aufgeschoben.

Man darf darüber im Zweifel sein, ob sich im deutschen Wirtschaftsleben jemals ein Vorgang abgespielt hat, der gleich eindringliche Lehren für die deutsche Arbeiterschaft enthielt, wie die nun beendete Episode in dem steten Kampfe zwischen Arbeit und Kapital in der Metallindustrie. Das war ein Anschauungsunterricht, dessen Lehren sie hoffentlich nie vergessen. Er predigt in eindringlicher Sprache von der hohen Bedeutung der Organisation, er lehrt Unternehmerstärke, Unternehmerübermut, aber auch die Grenzen der Unternehmermacht kennen und er zeigt an einem schönen Schulbeispiel, daß die Organisationen der Unternehmer in den letzten Jahren in einer Weise ihren Umfang erweitert und ihre Taktik ausgebildet haben, die man noch vor kurzem für unmöglich hielt.

Rekapitulieren wir einmal kurz den Gang der Ereignisse: Die im Metallarbeiterverband organisierten Former, eine hochqualifizierte Arbeiterkategorie, die aber seltsamerweise unter recht verbesserungsbedürftigen Verhältnissen zu leiden hat, versucht in einer allgemeinen Bewegung die schreiendsten Mißstände zu beseitigen. An vielen Orten gelingt es ihnen ohne Kampf in Dresden, Hannover, Breslau und Braunschweig wird aber der Formerausstand zur Notwendigkeit und ihn beantworten die Unternehmer mit dem Mittel der Massenaussperrung, die sich zunächst auf die Metallarbeiter der betreffenden Orte erstreckt. Als aber auch dadurch die Former nicht zur Aufgabe ihrer Forderungen zu bewegen sind, beschließt der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller, eine Organisation, deren Mitglieder in ihren Betrieben 320 000 Arbeiter beschäftigen, 60 Proz. davon auszusperren, wenn die Former nicht zu Kreuze kriechen. Es kommt nicht darauf an, daß der Aussperrungsbeschluß der Unternehmer formell sich nur auf zwei Gründe stützte: auf die angebliche Forderung der Anerkennung der Organisation und die Einführung des Mindestlohnes. Diese „prinzipiellen" Gründe waren nur ein Vorwand, der die Erpressertaktik verschleiern sollte, die der Unternehmerverband gegenüber den Formern einschlug. In den Bezirken, wo gestreikt wurde, brannte den Unternehmern das Feuer auf den Nägeln. Lohnende Aufträge in Fülle lagen vor und die Unternehmer waren sicher über kurz oder lang gezwungen, die Forderungen der Former zu bewilligen, wenn ihnen nicht von irgend einer Seite Hilfe kam. Und diese Hilfeleistung beabsichtigte der Gesamtverband der Metallindustriellen mit seiner Aussperrungsandrohung. Hunderttausende sollten brotlos gemacht werden, um einen Druck auf ein paar hundert Former auszuüben, um sie zurückzutreiben in die harte Fron, ohne daß ihnen eine Erleichterung gewährt wurde. Das war der Zweck der Aussperrungsandrohung, und dieser Zweck ist es, der ihm ganz die Merkmale eines Erpressungsversuchs aufdrückt.

Die Unternehmer und ihre Presse lieben es, die Aussperrungen mit Streiks zu vergleichen. Wie die Arbeiter das Recht hätten, zu streiken, so könne auch niemand den Unternehmern verwehren, ihre Arbeiter auszusperren. Sicherlich, das geschriebene Recht hindert sie daran nicht. Aber damit ist nicht gesagt, daß die Aussperrung auch moralisch ebenso zu bewerten sei wie ein Streik. Denn zwischen beiden Methoden der Arbeitsniederlegung besteht ein gewaltiger Unterschied. Der Streik richtet sich immer nur gegen die Arbeitgeber, von deren Entscheidung es abhängt, ob die Gründe zum Streik fortdauern sollen oder nicht. Der Streik trifft also nur direkt Beteiligte. Die Aussperrung trifft aber Unbeteiligte. Sie ist um so wirksamer, je größer der Kreis der Personen ist, die von ihrer Arbeitsstätte entfernt werden, ohne überhaupt irgend eine Differenz mit ihren Arbeitgebern zu haben. Das Leiden dieser Unschuldigen soll die wenigen Streikenden zum Nachgeben zwingen. Das ist der Grundgedanke der Aussperrungstaktik und das ist auch die Ursache, weshalb die öffentliche Meinung, die den Streiks meistens sympathisch gegenübersteht, die Aussperrungen verdammt und sie als Brutalität empfindet.

Die Scharfmacher in der Metallindustrie, die nach den Worten eines ihrer Führer, des Altonaer Wahlrechtsfeindes Meuck, „ohne unzeitgemäße Sentimentalität" ihre Maßnahmen zu treffen pflegen, haben sich aber durch die moralische Minderwertigkeit ihres Kampfmittels nicht davon abhalten lassen, es anzudrohen. Und sie hätten es sicher auch angewandt, wenn es nicht an den einzelnen Orten zur Einigung gekommen wäre. Ob der Erfolg ihren Erwartungen entsprochen hätte, das ist allerdings mehr wie fraglich. Sicher hätten sie eine Zertrümmerung der Arbeiterorganisation nicht erreicht, noch nicht einmal eine nennenswerte augenblickliche Schwächung, ob aber im Unternehmerlager die Aussperrung nicht wie eine Sprengbombe gewirkt hätte, das ist eine offene Frage. Die vielfachen Widersprüche, das Hin- und Herschwanken, das in den einzelnen Proklamationen des Unternehmerverbandes sich so auffällig bemerkbar machte, die Absage der württembergischen und vieler bayerischer Metallindustrieller, läßt die Vermutung zu, daß die Scharfmacher im eigenen Lager viele Widerstände überwinden mußten, ehe sie nach außen die geschlossene Kampfesstellung der Herren im Reiche des Eisens erhielt hatten. Darüber wird man vielleicht noch einiges erfahren.

Wichtiger ist aber, daß der Metallindustrieller Verband mit seiner Aussperrungsandrohung seinen Zweck nicht erreicht hat. Seine Erpressertaktik blieb erfolglos weil sie sich nicht gegen feige Memmen, sondern gegen geschulte Klassenkämpfer, durch die Organisation erzogene Arbeiter, die sich des Rückhalts, den die Organisation bietet, bewußt sind, richtete. Sie haben mit taktischem Geschick die vom Unternehmerverband als Stein des Anstoßes erklärten Forderungen zurückgezogen, die nur formelle Bedeutung hatten, in der Sache aber blieben sie fest und die Gießereibesitzer in Dresden, Braunschweig, Hannover und Breslau mußten sich wohl oder übel zu Zugeständnissen bequemen, wenn sie die Arbeiter zur Beendigung des Streiks veranlassen wollten. So ist für die Former der materielle Erfolg der Bewegung nicht ausgeblieben, und er ist, besonders wenn man die Umstände bedenkt, unter denen er erzielt wurde, sehr hoch zu bewerten. Auf die Anerkennung der Organisation konnte der Metallarbeiter-Verband aber sofort Verzicht leisten. Das macht den Ausgang des Kampfes nicht zu einer Niederlage für ihn, denn tatsächlich hat ja doch die Organisation auch in den einzelnen Orten die Verhandlungen geführt, und es ist nur eine Frage der Zeit, bis diese Tatsache auch formell anerkannt wird. Diese Frucht fällt, wenn sie reif geworden ist, der Organisation von selbst in den Schoß.

So liegt der Haupterfolg dieser Bewegung darin, daß die Scharfmacher im Unternehmerlager sich schließlich doch scheuten, das letzte Mittel anzuwenden. Sie haben das unbedingte Zutrauen in seine Vortrefflichkeit verloren. Es sind Zweifel bei ihnen aufgetaucht, ob es im gegenwärtigen Moment anwendbar sei. Das bedeutet nicht, daß die Zweifel zur vollständigen Aufgabe des Mittels führen werden. Die Wahrscheinlichkeit spricht sogar dafür, daß über kurz oder lang die Kraftprobe doch gemacht wird. Aber daß die Zweifel überhaupt auftauchen, das bedeutet schon einen gewaltigen Erfolg der Arbeiterorganisationen. Und wenn man ihn zu verkleinern sucht durch den Hinweis darauf, daß die Arbeiter ja doch das Unternehmer-Ultimatum befolgt und die beiden beanstandeten Forderungen zurückgezogen hätten, so ist zu antworten, daß im Unternehmerlager selbst diese Forderungen nicht so hoch bewertet wurden, wie es den Anschein hatte. Die Aussperrungsandrohung sollte die Arbeiter zu Paaren treiben, vorsichtig wie die Herren aber sind, haben sie Nebenpunkte betont, um die Form zu retten, wenn die Sache preisgegeben werden mußte. Gerade das ist ja der überzeugendste Beweis dafür, daß innere Zweifel von Anfang an die Unternehmer plagten, sie fühlten selbst, daß ihre Macht eine Grenze hat.

Diese Ungewißheit hat die Vertagung der Entscheidungsschlacht bewirkt. Nun heißt es rüsten, daß, wenn sie doch noch kommen sollte, die Armeekorps formiert sind, die sie schlagen werden. Denn das hat der Verlauf der Formerbewegung ja gezeigt: die Unternehmer sind gerüstet bis an die Zähne, und wenn sie das Kampfesobjekt für geeignet halten, werden sie euch zeigen, daß sie vor keiner Maßnahme zurückschrecken, sei sie noch so brutal. Die Arbeiter werden aber getrosten Mutes den kommenden Stürmen entgegensehen können, wenn ihre Organisationen sich so erfreulich weiterentwickeln, wie es in den letzten Wochen geschah unter dem Einfluß der Unternehmerdrohungen.

Politik und Volksleben

Aus dem in- und ausländischen Gewerkschaftsleben. In Braunschweig, wo die Maler streiken, nahm das städtische Arbeitsamt durch Inserate Streikbrecher. — Auf Grube Heureka im Meuselwitzer Revier ist die Belegschaft sofort wieder ausständig geworden, nachdem die Direktion sich geweigert hatte, die Neunstundenschicht einzuführen. — Zur Aussperrung im Buchbindergewerbe. Der Verband der Buchbindereibesitzer hat nunmehr der Gehilfenschaft die Tarifgemeinschaft offiziell aufgekündigt. An der Situation ändert diese Tatsache nichts. Der Kampf geht weiter und die Ausgesperrten und Streikenden denken nicht daran, einen faulen Frieden zu schließen. — Nachwehen der Metallarbeiter-Aussperrung. In Dresden haben sich bei den Firmen Seidel u. Naumann, Eichebach u. Co. und Grieshammer u. Lange von neuem Differenzen ergeben, so daß die Arbeiter dieser Firmen aufs neue in den Ausstand traten. — In Dortmund beschlossen die Straßenbahnangestellten, am Freitag die Arbeit niederzulegen, wenn ihnen nicht bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen gewährt werden. Sie behaupten, daß sie nach der Uebernahme der Straßenbahn durch die Stadt schlechter gestellt seien als früher. — Eine Aussperrung der Lederarbeiter in Sicht. Aus Halle wird berichtet: Da die Lederarbeiter in Neustadt a. d. Orla wegen Lohnstreitigkeiten über sieben Betriebe die Sperre verhängten, kündigten am 31. Mai 23 Fabriken sämtlichen Arbeitern. — Gastwirtsgehilfen melden die Bayerische Landesausstellung in Nürnberg, da dort außerordentlich traurige Lohn- und Arbeitsverhältnisse bestehen. — Die durch den Verband deutscher Kachelofenfabrikanten angekündigte Aussperrung wird mit dem 2. Juni perfekt. Bis jetzt sind im Hauptbureau des Verbandes der Töpfer 35 Orte gemeldet, in denen zum „heiligen" Pfingstfeste die Arbeiter aufs Straßenpflaster geworfen wurden. Außer den in einigen Orten im Streik befindlichen Töpfern kommen für den Verband noch zirka 2600 Kollegen in Frage, die unterstützt werden müssen. Die Organisation verfügt indes über genügende Mittel, um diese brutale Aussperrung genügend lange Zeit aushalten zu können. Durch Verdoppelung der Verbandsbeiträge der in Arbeit verbleibenden Verbandsmitglieder ist die Organisation außerdem imstande, noch extra Kampfmittel aufzubringen. Die Organisation der Töpfer kann also den Aussperrungskampf mit frischem Mute aufnehmen.

Die Berliner Rohrleger haben sich vom Metall-

Im Banne des Spiritismus.

Zeitroman von Friedrich Thieme.

26 Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Erkennen Sie diesen Revolver als des Herrn Verwalters Eigentum?" Bei diesen Worten hob Stobäus den bei der Leiche Siegfrieds v. Tillo gefundenen Revolver empor.

Das Mädchen zuckte die Achseln.

„Sie haben ihn noch nicht gesehen?"

„Meines Wissens nicht."

Aehnlich sprach sich auch der Kutscher aus.

„Rufen Sie Fräulein Blaubach," befahl der Staatsanwalt.

Fräulein Blaubach war ein junges Mädchen von achtzehn bis zwanzig Jahren; der Staatsanwalt hieß sie ganz nahe an seinen Tisch herantreten.

„Sie sind Verkäuferin in dem Geschäft des Büchsenmachers Wolf?"

„Ja."

„Erkennen Sie diesen Revolver als aus ihrem Laden herstammend?"

Die junge Dame griff nicht ohne Grausen nach der Waffe. Ihre Hände zitterten, als sie diese erfaßte, sie warf nur einen raschen Blick auf die eingravierte Firma, dann legte sie das Instrument auf den Schreibtisch des Staatsanwaltes zurück.

„Er ist allerdings von uns, unsre Firma steht ja darauf," antwortete sie in bestimmtem Tone.

„Natürlich wissen Sie nicht mehr, wann und von wem er gekauft worden ist."

„Nein."

„Aber Sie haben fast ausschließlich den Verkauf besorgt?"

„Mit Ausnahme der Weihnachtstage in den letzten Monaten ganz allein."

„Und Sie sind es auch gewesen, die gegen eine Freundin geäußert hat, daß ein Herr, der in seinem Aeußern mit dem in den illustrierten Zeitungen veröffentlichten Porträt des mutmaßlichen Mörders eine frappante Aehnlichkeit besitze, vor einigen Monaten einen Revolver bei Ihnen gekauft habe. Nicht wahr?"

„Ganz recht."

„Verhält sich das wirklich so?"

„Ja, Herr Staatsanwalt."

„Und ist dieses der Revolver, welchen der Herr damals kaufte?"

„Ein solches Ding sieht freilich dem andern ähnlich — ich glaube aber versichern zu können, daß es genau einer von derselben Art war."

„Wie wollen Sie sich aber nach mehreren Monaten eines Menschen, den Sie doch nur wenige Minuten vor sich hatten und seitdem nie wieder begegnet sind, noch so genau erinnern, um seine Aehnlichkeit mit dem betreffenden Bilde behaupten zu können?"

„Mit unumstößlicher Gewißheit kann ich es ja auch nicht behaupten."

„Aber Sie gewannen bei Betrachtung des Bildes den Eindruck, daß es derselbe Mann sei?"

Sie bejahte.

„Es war wohl ein hübscher junger Mann, dessen Züge Ihnen angenehm erschienen und die sie deshalb im Gedächtnis behielten."

„Jawohl — ich — ich dachte noch bei mir, wie traurig es doch sein würde, wenn dieser blühende junge Mann etwa gar die Waffe für sich selbst gekauft hätte."

„Wie kamen Sie auf diese Vermutung?"

„Er ließ sich von mir die Handhabung des Revolvers ganz genau zeigen — er mache sehr oft weite Touren erklärte er mir, auf denen er manchmal auch spät abends oder in der Nacht unterwegs sei, und da hatte er es für angebracht, wenn er sich auf alle Fälle mit einer Waffe versehe."

„Gut, nehmen Sie einstweilen draußen Platz. Ich werde Ihnen nachher den Angeklagten vorstellen, dann Sie ihn recht genau zu betrachten und mit dem in Ihrer Erinnerung noch vorhandenen Bilde zu vergleichen vermögen."

Die Zeugin entfernte sich und Hedwig Simrat betrat das Bureau.

Die Tochter des Professors trug heute ein weniger selbstbewußtes Wesen zur Schau, als ihr sonst eigen war. Der Entschluß, die heiligen Gefühle ihres Herzens vor fremden Augen zu enthüllen, kostete sie keine geringe Ueberwindung. Dagegen fühlte sie sich frei von der eigentümlichen Befangenheit, die die meisten Sterblichen befällt, wenn sie das erste Mal vor ein Gericht zitiert werden. Hedwig Simrath empfand bei allem inneren Zartgefühl doch vor keinem Menschen Scheu, sie würde mit einem Fürsten gerade so unbefangen gesprochen haben, wie zuhause mit ihrem Vater. Von solchen, die sie nicht näher kannten, wurde sie wegen ihres Freimuts oft falsch beurteilt, und doch war er nur die Wirkung eines ehrlichen, in allen Dingen den geradesten Weg suchenden Gemüts, eines aufrichtigen und unerschrockenen Gerechtigkeitsgefühls, und mit einer so unendlichen Fülle von Liebe, Liebenswürdigkeit, Aufopferungsfähigkeit und Humanität vereinigt, daß trotz ihres zuweilen schroff erscheinenden Wesens jeder näher mit ihr in Berührung Tretende sie lieb gewinnen mußte.

So, ihrem Charakter getreu, nur wohl ungewöhnlich ernst, erschien sie auch vor Stobäus. Wohlwollend musterte sie der Staatsanwalt einen Augenblick und indem er ihr achtungsvoll einen Stuhl reichen ließ, sprach er sein Bedauern aus, daß sein unerbittlicher Beruf ihr nicht erlaube, die Empfindungen eines Mädchenherzens zu schonen.

rbeiterverband getrennt. Seit langem bestanden fferenzen mit der Berliner Ortsverwaltung des Metallbeiterverbandes und nicht wenige sind der Ansicht, daß die fferenzen zur Hauptsache auf die persönliche Gegnerschaft s jetzigen ersten Bevollmächtigten Cohen und des üheren zweiten Bevollmächtigten Wiesenthal zurückführen sind. Versuche, die Differenzen zu beseitigen, heiterten. Am Mittwoch hielt nun die Branche der Rohger und Helfer eine Versammlung ab, in der die Entscheidung darüber getroffen werden sollte, ob die Rohrleger folge ihrer Differenzen mit der Ortsverwaltung des Metallrbeiterverbandes die Mitgliedschaft im Verbande aufgeben nd eine neue Organisation gründen wollten oder nicht. Wiesenthal richtete heftige Angriffe gegen Cohen und npfahl schließlich die Trennung. Die meisten Diskussionsedner stimmten den Ausführungen Wiesenthals vollinhaltlich und richteten auch ihrerseits die heftigsten Angriffe gegen en Bevollmächtigten Cohen. Eine Besserung der Verhältsse erwarten sie nur mit der Abdankung Cohens. Büchner arnte hierauf nochmals dringend vor der Absplitterung und npfahl, die Entscheidung zu vertagen; vielleicht finde der zuptvorstand einen Weg zur Verständigung. Dem Redner urde jedoch zugerufen, der Hauptvorstand sei nicht besser ls die Berliner Ortsverwaltung. Es kam sodann zur amentlichen Abstimmung. An derselben durften sich nur jenigen Rohrleger und Helfer beteiligen, die ihr Verbandsuch bei sich hatten. Das Resultat war, daß 840 für den ustritt aus dem Metallarbeiterverband und Gründung einer euen Organisation stimmten und 66 dagegen; 47 Stimmen aren ungültig. Damit war die Absplitterung vollzogen. – Es ist bedauerlich, daß aufgeklärt sein wollende Arbeiter ch noch zu einem unbedachten Schritt hinreißen lassen.

Die Gewerbegerichtswahlen in Stuttgart fanden im erstenmal nach dem Proportionalwahlsystem att. Das Ergebnis der Wahl war: Es wurden im ganzen i den Arbeitnehmern 9484 Stimmen abgegeben, von enen die vereinigten ordnungsliebenden Arbeiter ganze 824 ufbrachten. Es entfallen mithin auf sie 3 Sitze. Bei der Wahl der Arbeitgeberbeisitzer entfielen von 807 Stimmen 155 auf die Liste der selbständigen Parteigenossen. Diese eroberten dadurch 6 Sitze. Da auch die Ausschußahlen in Stuttgart nach dem Proporz geregelt sind, so ird auf die Genossen neben allen Arbeitnehmersitzen auch n Arbeitgebersitz im Ausschuß entfallen.

Der glaubwürdige Polizist und der unglaubürdige Bürger. Zu der Verurteilung des Genossen Schotte von der „Düsseldorfer Volkszeitung" wird och des näheren gemeldet: Der inkriminierte Artikel beauptete, ein Polizeibeamter, dem ein schroffes Wesen eigen i und der sich schon durch schneidiges Vorgehen gegen streikende ausgezeichnet habe, habe in betrunkenem Zustande nen auf der Straße spielenden Jungen schwer mißhandelt. n der Verhandlung beschwor der Polizeibeamte, daß er icht betrunken gewesen und dem Jungen, der Unfug auf der Straße verübt, nur einen leichten Klaps gegen den Kopf geeben habe. Ein Teil der Zeugen bestätigte, daß der olizeibeamte geschwankt habe, während einige erklärten, gehen zu haben, wie der Beamte dem Jungen Ohrfeigen verreichte. Der Arbeiter Bomm, der den Vorfall von Anfang beobachtet hatte, schilderte denselben genau so, wie er in r „Volkszeitung" wiedergegeben war. Vom Vorsitzenden rauf aufmerksam gemacht, daß seine Aussagen mit denjenigen des Beamten in Widerspruch ständen, erklärte er, aß er die Wahrheit gesagt habe. Der Staatsanwalt beantragte, die Aussage des Bomm zu protokollieren, ein Antrag es Verteidigers, weitere Zeugen zu laden, die die Ausssungen des Bomm bestätigen sollten, wurde abgelehnt, dem ntrag des Staatsanwalts aber stattgegeben. In seinem laidoyer behauptete der Staatsanwalt, Bomm habe unter id die Unwahrheit gesagt. Er forderte seine Verhaftung; r Schotte hielt er eine Geldstrafe nicht für angebracht, enn sie würde doch von anderer Seite bezahlt, er hielt aber 4 Tage Gefängnisstrafe für ausreichende Sühne. Das Gericht ging über den Antrag hinaus, Schotte wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt und Bomm egen dringenden Verdachts des Meineids verhaftet. — Das der neueste Kurs in Düsseldorf. Gegen Schotte schweben och fünf Prozesse. Aber nicht allein gegen die Parteipresse ellebt die dortige Polizei und Justiz ein schneidiges Vorehen, nein, auch ein paar harmlose Leute, die sich Anarhisten nennen, werden mit Verfolgungen bedacht. Seit dem 18. März finden bei den Leuten fortgesetzt Haussuchungen statt, so noch in den letzten Tagen. Viel kommt dabei nicht heraus, nur einige Broschüren über den Generalstreik waren bis jetzt die Beute

Von unserer Klassenjustiz. In der Verhandlung gegen den Genossen Kressin vor der dritten Strafkammer des Leipziger Landgerichts stand weniger der Inhalt des Artikels als die „Tendenz" der „L. V." zur Verhandlung. Ein Vorgang aus der Verhandlung ist für unsere Justizzustände und für die Schuldlosigkeit des Angeklagten besonders bezeichnend. Oberstaatsanwalt Böhme erlaubte sich von einer „handwerksmäßigen" Beschäftigung des Angeklagten in der Redaktion zu sprechen. Diese Behauptung des Oberstaatsanwalts ist haltlos, ohne eine Spur eines tatsächlichen Anhalts aufgestellt, unwahr, steht mit der Sache selbst in keinerlei Zusammenhang und ist nach Form und Inhalt lediglich geeignet, den Angeklagten zu kränken und zu beleidigen. Das Gericht, dem keine Disziplinargewalt gegen den Staatsanwalt zusteht, schritt gegen dies empörende Verhalten nicht ein. Genosse Kressin wies den staatsanwaltlichen Anwurf mit Nachdruck zurück und hob mit vollem Recht hervor, daß man viel eher von einer handwerksmäßigen Beschäftigung des Staatsanwalts sprechen könne. Das Gericht belegte den Genossen Kressin hierauf mit einer Ordnungsstrafe von zwei Tagen Haft! Diese völlig unberechtigte Strafe für eine in Wahrnehmung berechtigter Interessen vorgenommene Zurückweisung einer zum allermindesten groben Ungebührlichkeit des Staatsanwalts zeigt, wie weit dies Leipziger Gericht von der Möglichkeit einer objektiven Beurteilung entfernt ist. Vor vierzehn Jahren hat dieselbe Oberstaatsanwaltschaft ihre Stellung dazu mißbraucht, den leider verstorbenen Genossen Albert Schmidt vor der Chemnitzer Strafkammer als „gewerbsmäßigen Ehrabschneider" zu bezeichnen. Sie mußte sich die Entgegnung gefallen lassen, daß, wenn überhaupt im Gerichtssaale nur eine Person sich befindet, auf den die Behauptung eines gewerbmäßigen Ehrabschneiders zutreffend sei — das sei der amtlich nach dem Gerichtsverfassungsgesetz sogar zu Verleumdungen verpflichtete Vertreter der Staatsanwaltschaft. Der Generalstaatsanwalt Held rügte das Verhalten des Oberstaatsanwalts Böhme als unsachlich von Amtswegen im Aufsichtswege und hängte diese Rüge im Reichstage niedriger. Man sieht, das hat nichts genützt. Heute diktiert sogar das Gericht dem Angeklagten, weil er sich gegen den leichtfertigen Vorwurf des Oberstaatsanwalts verteidigt, eine Haftstrafe zu. Es bekennt damit, daß es von dem Recht des Angeklagten und von den Aufgaben eines verantwortlichen Redakteurs eine ebenso beschämend falsche Ansicht wie der Oberstaatsanwalt besitzt.

Aus Nah und Fern.

Dreschgraf Pückler treibt in Berlin noch immer sein Unwesen. Donnerstag abend hatte er in einem Lokal im Norden seine „Getreuen" um sich vereinigt, um sich von ihnen zu verabschieden, bevor er die Rückreise nach der Festung Weichselmünde antrat. In seinem Referate zog er diesmal gegen die Parlamente zu Felde. In unseren „verlumpten" Parlamenten, führte er dem „B. T." zufolge aus, sitzen nur „Esel und Schafsköpfe". Es sind ganz unfähige Lümmels, die Heu und Stroh in ihren Schädeln haben, und nie auf einen guten Gedanken kommen. Ein vernünftiges Gesetz kriegen sie nicht zustande. Da haben sie nun drei bis vier Monate an den sogenannten Steuergesetzen herumgewurstelt, und was dabei herausgekommen ist, das sieht man. Unsere Staatsmänner sind auch Strohköpfe. Die auswärtige Politik ist ganz jammervoll; Marokko beweist es. Hier war die beste Gelegenheit, einen frisch-fröhlichen Krieg anzufangen. Bei der folgenden Diskussion entstand eine solche Unruhe, daß die Versammlung kurzerhand geschlossen werden mußte. Als der Graf den Saal verließ, mußte er statt der gewohnten Ovation laute Drohungen über sich ergehen lassen. „Haut ihm den Zylinder ein!" rief man ihm von allen Seiten zu. Nur durch schleunige Flucht in seinen Wagen entging der Graf dem Schicksal, verprügelt zu werden.

„Alte Leute" als Rekrutenpeiniger. Aus Frankfurt a. M. wird berichtet: Der Musketier Fackler im 166. Regiment war am 11. Mai abends zu spät in die Kaserne zurückgekommen und wurde in der Nacht von „Klopfgeistern" überfallen, so daß er aus der Stube flüchtete und auf dem Boden übernachtete. Am andern Morgen, als es aus Ausrücken ging, sagte er zu einem der alten Leute: „Wir rechnen noch miteinander ab." Das hörten die anderen, und auf dem Marsche zum Exerzierplatz versetzten sie dem Musketier von hinten fortgesetzt kräftige Tritte, bis der Soldat aus dem Glied trat und wütend sein Gewehr wegwarf. Der Oberleutnant befahl ihm, wieder einzutreten. „Nein, ich mache keinen Dienst mehr mit!" sagte der Musketier, und wurde nun sofort wegen Gehorsamsverweigerung vor versammelter Mannschaft in Haft abgeführt. „Das ist mir auch egal!" äußerte er zu dem ihn abführenden Sergeanten. Das Kriegsgericht bezeichnete das Vorgehen der alten Leute als durchaus ungehörig, diese sind auch dafür bestraft worden. Aber ihre Strafe ist wesentlich milder ausgefallen als die ihres Opfers. Denn der Musketier wurde wegen Austretens aus dem Gliede und wegen Gehorsamsverweigerung zu 3 Monaten und 3 Tagen Gefängnis verurteilt.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Von der Strafkammer in Köln war der Kaufmann Daniel David wegen Zuhälterei zu einer erheblichen Gefängnisstrafe, verbunden mit nachherigem Aufenthalte in der Zwangsarbeitsanstalt, verurteilt worden. Er versuchte vergebens, seine Unschuld versichernd, den Prozeß neu zur Verhandlung zu bringen. Er glaubte nun, wie er angibt, sein Ziel zu erreichen, wenn er eine Majestätsbeleidigung begehe. Vor der Strafkammer wurden drei Briefe verlesen, in denen er die deutschen Bundesfürsten beleidigt haben soll. Der Gefängnisarzt erklärte in einem Gutachten, daß bei dem Angeklagten der § 51 Str.-G.-B. (Straffreiheit wegen Unzurechnungsfähigkeit) nicht Anwendung finden könne. David stamme allerdings aus einer geistig nicht einwandfreien Familie und habe sich einmal selber eines Mordes bezichtigt, doch sei die Untersuchung ergebnislos geblieben. David sei ein Phantast, ein Degenerierter erster Klasse und halte sich auch für einen Grafensohn. Ferner habe David große gelehrte Abhandlungen, namentlich über die Ley Heinze, geschrieben und schwermütige Gedichte verfaßt. Der Staatsanwalt beantragte neun Monate. „Mir egal, und wenn es neun Jahre sind! rief der Angeklagte. Das Gericht erkannte auf fünf Monate Gefängnis gegen einen Menschen, der in eine Heilanstalt gehört.

Einen Strauß prächtiger Redeblüten aus belgischen Gerichtssälen hat ein Brüsseler Blatt gesammelt. Einige der hübschesten dieser Proben forensischer Beredsamkeit seien hier wiedergegeben: „Mein Gegner reitet immer noch auf seiner Wiese herum, ich aber stelle mich nach wie vor auf den Boden meines Kontrakts und bleibe ruhig darauf sitzen." — „Es ist nicht immer gesagt, daß ein Gentleman sich seiner Eltern schämen muß; man kann sich ja schließlich seine Väter nicht aussuchen." — „Ein Onkel kann immerhin ein sehr nützliches Familienglied sein, aber der Onkel, den wir hier haben, ist, wenn ich auch noch so vorsichtig urteile, aus Gemeinem gemacht." — „Die Tochter war allein zu Hause mit ihrem Vater, der immer abwesend war." — „Jetzt, wo der Rosentopf endlich entdeckt, will jeder, auch der Herr Staatsanwalt, die Finger hineinstecken und daran lecken." — „Der Brief, den ich hier habe, hat fast die Bedeutung von etwas Schriftlichem." — „Es verdient noch hervorgehoben zu werden, daß die Witwe schon einige Tage vor dem Tode ihres Gatten gestorben war." — „Ein Mensch, der einen Rechtsanwalt aufsucht, muß nicht unter allen Umständen ein Verbrecher sein; es gibt Rechtsanwälte, die auch mit anständigen Menschen verkehren." — „Beim Abschied drückte er ihm noch die Hand und sagte: „Auf Wiedersehen, lieber Freund; wir sehen uns niemals wieder." — „Im Augenblick seines Todes hatte der Verstorbene, wie die Aerzte konstatierten, nur noch einige Tage zu leben." — „Man bezichtigt mich hier gewissermaßen, daß ich eine Bombe fabriziert habe, um den Sachverständigen Pulver in die Augen zu streuen." — „Der Gerichtsarzt wurde plötzlich zum Untersuchungsrichter gerufen, um bei ihm einen Fall von Verrücktheit zu konstatieren." — „Sie wissen ganz gut, daß auf unseren Kirchhöfen kein Toter beerdigt wird, wenn er nicht den Totenschein vorzeigen kann. Lebende werden überhaupt nicht beerdigt; damit fällt der Staatsanwalt und alles, was er hier vorgebracht hat, in sich zusammen."

„So ungern ich mich entschließe, Fräulein Simrath, uß ich Ihnen doch eine Frage vorlegen, weil immerhin e Möglichkeit besteht, Siegfried von Tillo habe sich urch eine unglückliche Neigung zu der unseligen Tat hinißen lassen, welche die Anklage seinem Kousin Schuld bt. Wollen Sie mir Ihr volles Vertrauen entgegeningen?"

„Ich sehe die Notwendigkeit ein, und werde der Wahrit gemäß antworten."

„Siegfried von Tillo bewarb sich um Ihre Hand?"

„Nein, Herr Staatsanwalt."

„Nicht?"

„Er ließ mich nur ahnen, daß er für mich innigere efühle hege, als sonst für Angehörige meines Geschlechts. is zu einer Erklärung kam es noch nicht, ich war mir noch cht einmal gewiß, da mein Herz ein so großes Glück nicht fassen vermochte. Meine und seine Umgebung hatte schärfere ugen und hielt eine dauernde Verbindung zwischen uns nur r eine Frage der Zeit."

„Sie haben ihn also wieder geliebt?"

„Ja."

„Und niemals entschuldigt — oder seine Eifersucht hergerufen?"

„Ernstlich wohl nie."

„Ernstlich? Was wollen Sie damit sagen?"

Hedwigs blitzende Augen verschleierte ein feuchter Glanz, ährend ihr Antlitz sich in dunklen Purpur hüllte.

„Ich will sagen, Herr Staatsanwalt, daß wir alle enschen sind — ich bin von Natur zur Heiterkeit sowohl e zum Spotte gestimmt, und — und, welches junge Mädn wäre wohl ganz frei von Koketterie oder Launenhaftigt? Liebende — vor allem Liebende, die noch vor dem Gewißheit verhüllenden Geständnisse stehen — sind pfindlich und reizbar. Ein einziges Wort, ein Blick erigt Unmut und Verdrossenheit oder verstellte Gleichgültigkeit. So etwas kommt wohl in jeder sich entwickelnden oder vollendeten Liebe vor."

Der Staatsanwalt lächelte kaum merkbar über die Aufrichtigkeit des liebenswürdigen Geschöpfes.

„Sie mögen wohl recht haben, Fräulein," suchte er sie freundlich zu beruhigen, doch sie fuhr in etwas unsicherem Tone als bisher in ihrer Beichte fort:

„Hinterher erscheint alles soviel schlimmer — ich habe mir Vorwürfe gemacht wegen jedes Scherzes, jedes Wortes. Und doch war gewiß keins darunter, verletzend genug, einen jungen Mann in den Tod zu treiben, selbst wenn er das Urbild der Empfindlichkeit gewesen wäre."

„Besaß Herr von Tillo ein eifersüchtiges Temperament?"

„Nicht mehr als —"

„Als andre junge Leute auch?"

„Ganz recht."

„Sie glauben also nicht, daß ihr Verhältnis zu ihm in irgend einer Weise das Motiv zu einem Selbstmorde habe abgeben können?"

Hedwig sah einen Augenblick vor sich nieder, als wollte sie noch einmal langsam in der eigenen Brust lesen, dann erklärte sie mit ruhiger fester Stimme: „Herr Staatsanwalt, ich kann ihre Frage mit bestem Bewußtsein verneinen."

„So bleibt mir nichts mehr übrig, als Ihnen zu danken, mein Fräulein," erwiderte Stobäus artig, indem er sie innerlich für ein prächtiges Mädchen erklärte, das einem jungen Manne den Kopf wohl verdrehen könne.

„Ist Frau von Tillo mit ihrer Tochter eingetroffen", wandte er sich an den Gerichtsdiener.

Hedwig übernahm die Antwort an seiner Statt. „Gewiß, Herr Staatsanwalt, ich habe bereits mit den Damen draußen gesprochen. Sie sind in Begleitung ihres Vetters, des Herrn Baron von Tillo-Rochsfeld, erschienen."

„Ah, der Majoratserbe an Stelle des Angeklagten," raunte Stobäus dem Gerichtsschreiber zu. „Vielleicht wäre es auch von Nutzen, ihn zu hören." Und er erteilte dem Diener Auftrag, den Baron zu ihm zu bitten. (Forts. folgt.)

Litterarisches.

Das „Schriftenverzeichnis" der Buchhandlung Vorwärts ist soeben neu herausgegeben. Jeder, der sich für sozialdemokratische Parteischriften und gewerkschaftliche Literatur, für die grundlegende populäre naturwissenschaftliche, philosophische und volkswirtschaftliche Lektüre interessiert, sollte sich das Schriftenverzeichniß schicken lassen. Insbesondere sollten die Vereinsvorstände nicht versäumen, bei Neueinrichtung oder Ergänzung der Vereins-Bibliothek das Verzeichnis zu Rate zu ziehen. Es enthält neben den oben bereits genannten Gebieten auch eine reiche, gut ausgewählte Zusammenstellung aus der Unterhaltungsliteratur und zahlreiche, von Arbeitern gern gelesene Reisewerke, die zum Teil zu wesentlich herabgesetzten Preisen geliefert werden können. Sämtliche Parteibuchhandlungen, Kolporteure und Zeitungsausträger liefern auf Verlangen das Verzeichnis gratis. Von der Buchhandlung Vorwärts wird es jedermann auf Verlangen gratis und franko zugesandt.

„In Freien Stunden." Von dieser illustrierten Wochenschrift sind jetzt die Hefte 22 und 23 erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Fortsetzungen des Romans: „Der verlorene Sohn" und der Erzählung: „Die Narrenburg". Ferner ist mit „Pfingstgebräuche", „Dies und Jenes" und „Witz und Scherz" für Belehrung und Humoristik gesorgt. Die wöchentlich einmal erscheinenden Hefte können noch von Nr. 1 an durch jede Parteibuchhandlung, von jedem Kolporteur und Zeitungsausträger bezogen werden.

Verantwortlicher Redakteur: Johs. Stelling. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Fried. Meyer & Co. — Sämtlich in Lübeck